

Nr. 36 – 2025/2

In dieser Ausgabe

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

Die neue
Bundesregierung

Europa – USA

Israel – Iran

Ankündigung
Bundesparteitag



Ein neues Gefäß

bündnis C

Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 36 – 2025/2

Inhalt

Editorial	4
Deutschland braucht den Politikwechsel	6
Petition an den Deutschen Bundestag	8
Ankündigung Bundesparteitag	9
Europa-USA: Scheidung oder Neubeginn?	10
Patenschaft & Schulungen für aktive Mitglieder	13
Öffentlichkeitsarbeit: Gute Anfänge sind gemacht	15
Spendenaufruf	16
Ich bin dafür	17
Gebetsaufruf	18
Aus den Landesverbänden	19
Israel unterstützen statt kritisieren!	28
Israel kämpft für Frieden im Nahen Osten und für die Freiheit des iranischen Volkes	30
Die Würde des Menschen ist unantastbar	31
Verantwortung vor Gott und den Menschen – Für ein gutes Leben	33
Migrationspolitik: Bedürftige schützen und Missbrauch beenden	34
Drogen mit 12 und Cannabis ab 60.	36
State of Europe Forum Warschau 2025	38
Papst Leo XIV.: Inspiration und Mahner für Frieden und Gerechtigkeit	40
Infomaterial zum Weitergeben	41
Schlusswort	42
Impressum	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Ute Büschkens-Schmidt (von li. nach re.)



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

„Links ist vorbei“ beteuerte Friedrich Merz als angehender Bundeskanzler einen Tag vor der Bundestagswahl beim Wahlkampfabschluss von CDU/CSU in München. Und er hatte Recht: **Es gibt keine linke Mehrheit mehr seit der Wahl – aber weiter linke Politik.** Der Wahlgewinner schafft es bisher nicht, seinem Juniorpartner das Ruder aus der Hand zu nehmen, um den versprochenen und so nötigen Politikwechsel für Deutschland durchzusetzen. CDU/CSU haben sich alternativlos an die SPD gebunden, die maßgeblich für die gescheiterte Politik der Ampelregierung verantwortlich zeichnet. Deutschland und vor allem die Wirtschaft ächzt unter der lähmenden Politik. Die SPD knebelt die CDU, um auf Gedeih und Verderb die Agenda der Ampelregierung fortzuführen. Und die AfD führt die Regierungspartei vor, wo sie nur kann, um die CDU-Wähler zu spalten.

Dieses Negativ-Szenario soll Deutschland nicht schwarzmalen, führt uns aber schmerzhaft vor Augen, dass Deutschland in eine Sackgasse gesteuert wird. Dass SPD, Grüne und LINKE, der mediale Mainstream und zahllose vopolitische Akteure nicht kampfflos zusehen, wenn die Christdemokraten das Ruder übernehmen, sondern mit doppelter Kraft versuchen, sie zum Kentern zu bringen, war klar. Die über die letzten 50 Jahre lancierte neomarxistische Transformation hat die Gesellschaft tief unterwandert. Ihre Protagonisten sahen sich bisher unhinterfragt auf Siegeskurs, zumal die CDU immer mehr auf ihren Kurs eingeschwenkt ist. Erst der Flurschaden, den die Ampelregierung angerichtet hat, brachte manchen Wähler zum Aufwachen.

Damit ist der Schaden aber nicht behoben. **In der Regierungskoalition stehen sich zwei Parteien mit unvereinbaren Menschen- und Weltbildern gegenüber,** die immer deutlicher zutage treten. Was in den großen Koalitionen unter Merkel verwischt wurde, gewinnt jetzt an Trennschärfe: Wo die CDU versucht, etwas von ihren christdemokratischen Politikprinzipien zu reaktivieren, blockiert die SPD jedwede Reform, die Deutschland zur Genesung dienen könnte. Die sozialistische Agenda der SPD ist dezidiert antichristlich ausgerichtet und mit christdemokratischen Prinzipien so unvereinbar wie seit 150 Jahren. Die Grauzonen der Kompromisse, die Schwarz-Rot in den 2000er Jahren geschlossen hat, lösen sich auf. Und das ist gut so, weil auch viele Christen im Nebel der Halbwahrheiten die fundamentalen Unterschiede nicht mehr erkannt haben und zufrieden waren,

wenn es Deutschland wirtschaftlich soweit gutging. Einen Paukenschlag setzte vor der Sommerpause die Absetzung der Wahl der neuen Verfassungsrichter aufgrund der Weigerung von etwa 60 CDU-Abgeordneten, der SPD-Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf ihre Stimme zu geben wegen ihrer Relativierung der Menschenwürde und des Lebensrechts ungeborener Kinder.

Deutschland steht an einem Punkt, wo das ehemals gemeinsame Fundament der Gesellschaft zerbrochen ist und deshalb darauf stehende Säulen wie Familie, Bildung, Wirtschaft, Gemeinwohl, Generationenvertrag und soziale Sicherungssysteme wanken. Deshalb die CDU gefordert, sich ganz auf ihr christliches Fundament zu stellen, um als Regierungspartei Deutschland unter veränderten Bedingungen zu stabilisieren und zu reformieren. Das ist nicht nur ein politischer Kampf um Mehrheiten, sondern ein geistlicher Kampf um die Zukunft des Landes. **Der Kampf geht um Deutschland und ob wir als führende Nation und größte Volkswirtschaft Europa mit in den Niedergang ziehen oder Wegweiser werden für eine geistliche Erneuerung.** In Frankreich und Großbritannien ließen sich zu Ostern beispielgebend tausende junge Menschen aus nichtchristlichem Hintergrund taufen. Entweder wir kehren als Nation zurück zu unseren christlichen Wurzeln, bitten den Herrn um Gnade, wo wir unsere eigenen Wege gegangen sind, und richten unsere Politik daran aus, oder der Krisenmodus wird sich auch unter der CDU verschärfen. Die CDU ist jetzt an der Regierung, um eine geistliche Wende Deutschlands politisch zu realisieren. Dazu braucht sie nicht zuerst Mehrheiten, sondern den Segen Gottes. Es ist an der CDU-Führung, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ihr klares christliches Profil in die Waagschale zu werfen.

Als Bündnis C – Christen für Deutschland stehen wir in dieser Dynamik als Mahner und Protagonist einer christlich fundierten Politik. Wir wünschen uns nicht das Scheitern der neuen Regierung oder noch mehr Schaden für Deutschland. Wir glauben auch nicht, dass die AfD eine geistliche Wende politisch realisieren würde, wenn sie an der Macht wäre. Wir haben politische Lösungen erarbeitet für eine solche Wende, wenn die Zeit reif ist und sie gebraucht werden. In diesem Heft ganz hinten finden Sie **neue Flyer zur Gesundheitspolitik, Familie und Lebensschutz, Migration und Außen-**

politik, die Sie gern in der Bundesgeschäftsstelle bestellen und weitergeben können.

Um die Wahlzulassung kleinerer Parteien zu vereinfachen, haben wir eine **Petition an den Deutschen Bundestag** eingereicht, die Sie ebenfalls im Heft finden. Wir werden Sie umgehend informieren, wenn die Petition freigeschaltet ist, und bitten Sie bereits jetzt um weite Verbreitung und Mitzeichnung. **Aktuell bereiten sich die Landesverbände Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr vor und sammeln die nötigen Unterstützungsunterschriften für die Zulassung ihrer Landeslisten und Direktkandidaten.** Bitte helfen Sie den beiden Verbänden dabei!

Der diesjährige Bundesparteitag findet am 31.10. und 1.11.2025 im Haus Hainstein in Eisenach statt.

Wir werden auf zehn Jahre Bündnis C zurückblicken und wie Gott uns weiter gebrauchen will als Partei. Wir sind überzeugt, dass Er die Vorgängerparteien ins Leben gerufen hat für eine Zeit wie diese, wo antichristliche Kräfte das Land zu zerreißen drohen. Er hat sich über 35 Jahre ein Gefäß zubereitet für diese Zeit, wo Er weithin verleugnet wird als der Ursprung unserer Freiheit und unseres Wohlstandes. Wo mit Angst Politik gemacht wird, sei es vor Corona, Putin, Klimakollaps, Migranten oder wirtschaftlichem Niedergang, um den Menschen die Freiheit zu nehmen und sie unter eine widergöttliche Agenda zu beugen. Hier sind wir gefordert, Wege des Heils und der Heilung in der Politik aufzuzeigen und Wege des Friedens. Dafür finden Sie auf den folgenden Seiten eine **Diskussionsgrundlage zur Beziehung Europas zu den USA und zur Verteidigungspolitik**, zu der wir auf dem Bundesparteitag eine gemeinsame Position in Bündnis C finden wollen.

Beim Bundesparteitag wird außerdem der Bundesvorstand neu gewählt. Es ist entscheidend, dass jetzt die nächste Generation in Bündnis C in verantwortliche Positionen kommt. Darauf richten sich unsere Vorbereitungen. Wir stellen Ihnen in diesem Heft den Entwurf für ein **Schulungskonzept** vor, das wir am Bundesparteitag diskutieren wollen, damit unsere Arbeit professioneller und auf mehr Schultern verteilt wird. Für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind dafür bereits beispielgebende Anfänge gemacht und wir laden Interessierte herzlich zur Mitarbeit ein. Bitte bewegen Sie mit uns, wie Bündnis C sich für die kommende Zeit vorbereiten und als Gefäß für eine christliche Politik in Deutschland erneuern kann.

Neben der neuen Bundesregierung beschäftigen uns weiter vor allem die zunehmende **Diffamierung und**

internationale Isolation Israels, Judenhass und Antisemitismus in Deutschland und weltweit. Als Repräsentantin der European Christian Political Party (ECP) erhielt ich beim Jerusalem Prayer Breakfast Ende Mai in der Knesset die Gelegenheit zu einem Bußgebet für Deutschland¹. In diesem Heft finden Sie einen offenen Brief des Bundesvorstandes von Bündnis C an Bundeskanzler Merz und Bundesaußenminister Wadepful, in dem wir die Bundesregierung davor warnen, in die Kritik gegen Israel einzustimmen, und sie auffordern, in Freundschaft an der Seite des jüdischen Staates zu stehen.

Angesichts der Kriegsherde in Europa und dem Nahen Osten fragen wir: **Sollen wir kriegstüchtig oder friedentüchtig werden?** Frieden ist nicht allein militärisch zu sichern. Feindseligkeit und Kriege werden forciert, wo sich Nationen von Gott und Seinen Geboten abwenden. Das ist uns vorausgesagt in Matthäus 24,6-8. Wir lesen gleichzeitig in Jeremia 49,38, dass Gott Seinen Thron in Elam (Iran) aufstellen will, und in Jesaja 19,23-25, dass es eine Straße des Friedens geben wird von Assyrien bis Ägypten. Die Massaker an den Drusen in Syrien sprechen erneut eine andere, grausame Sprache. Aber seit dem 7. Oktober 2023 beten in Israel so viele Menschen wie nie zuvor, vertrauen dem Schutz Gottes für ihr Land und nehmen jetzt auch die Drusen unter ihren Schutz.

Den Schutz Gottes, Demut und mutige Entscheidungen braucht auch Europa. Frieden beginnt in unseren Herzen, wenn wir uns nicht in Angst treiben lassen, sondern dem Herrn der Heerscharen als den gerechten Richter über uns als Nationen die Ehre geben, Ihm vertrauen und Seinen Plan für unser Land erbitten. Deutschland braucht kein Kriegsgeschrei, sondern Politiker, die Frieden stiften.

Wir wünschen Ihnen dieses Vertrauen, den Frieden Gottes, Sein Licht und Leben in dieser Sommerzeit und Anker in allen Stürmen in Ihm.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=FYgKN81e2HA>

Deutschland braucht den Politikwechsel

Bündnis C – Christen für Deutschland gratuliert Bundeskanzler Friedrich Merz und allen Ministern und wünscht Gottes Segen für ihre Regierungsführung: in Verantwortung vor Gott und zum Besten für Deutschland, mit Einigkeit, Recht und Freiheit als Leitlinien.

Reformen dysfunktionaler Systeme einleiten

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD birgt keinen Politikwechsel, sondern viele Beruhigungspillen für alle Seiten: Cannabislegalisierung und Selbstbestimmungsgesetz sollen evaluiert statt abgeschafft werden. Das Heizungsgesetz wird anders verpackt, die Energiepolitik der Ampelregierung und der EU weitgehend weitergeführt. Geplante Entlastungen für die Wirtschaft von Steuern, Energiekosten und Bürokratie sind zu kleinteilig, um absehbar Durchschlagskraft für eine neue Wirtschaftsdynamik zu entfalten. Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Migration stehen unter rechtlichen Vorbehalten und denen der Umsetzbarkeit. Dringend notwendige Reformen der Steuer-, Renten- und Sozialversicherungssysteme fehlen. Familienpolitisch werden die alten Bahnen weitergezogen.

Erste Beschlüsse des Kabinetts bleiben selbst hinter Vorhaben zurück, über die im Koalitionsvertrag Einigkeit herrschte, wie die zur Stromsteuer, die nur für die Industrie, Land- und Forstwirtschaft gesenkt wird. Grundlegende Richtungsstreits gibt es angesichts vieler offenen Fragen im Koalitionsvertrag vor allem zum Bürgergeld, Rente und Migration:

Die CDU will das Bürgergeld durch eine neue, strengere Grundsicherung für Arbeitssuchende ersetzen, bei der die Vermittlung in Arbeit Vorrang hat und Mitwirkungspflichten und Sanktionen verschärft werden. Die SPD setzt mit dem Bürgergeld weiter auf Mitwirkung, Qualifizierung und individuelle Förderung. Der grundlegende Dissens ist: Soll der Sozialstaat weiter ausgebaut oder Eigenverantwortung und Leistungsgechtigkeit gefördert werden?

Zur Finanzierung der Rente sollen nach der SPD auch Beamte, Selbständige und Abgeordnete künftig Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Die Union setzt dagegen auf eine Aktivrente, dass

Rentner bis 2 000 Euro pro Monat steuerfrei hinzuverdienen können, um den demografischen Knick für die Wirtschaft und die Rentenkasse abzufedern.

Zur Begrenzung illegaler Immigration will die CDU neben Grenzkontrollen und Zurückweisungen weitergehende Maßnahmen wie Asylverfahren in Drittstaaten. Ziel ist, die Magnetwirkung Deutschlands in und für Europa zu reduzieren, während die SPD keine Notlage aufgrund illegaler Einwanderung statuieren will.

Für zusätzliche Spannungen sorgte ein Manifest von über 100 SPD-nahen Persönlichkeiten, das eine diplomatische Wende im Umgang mit Russland fordert, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Auch wenn das Papier innerhalb der SPD auf Widerspruch stößt, verschärft es die Spannungen in der Koalition.

Die neue Regierung ist gefordert, mit weithin unbestimmten Aussagen im Koalitionsvertrag einen Politikwechsel einzuleiten, der Deutschland aus der ideologischen und strukturellen Lähmung befreit. Es darf dabei nicht länger um Profilierung der Parteien gehen oder Notlösungen als Kompromiss, sondern dass notwendige Reformen irreparabler Systeme angepackt werden.

Einigkeit, Recht und Freiheit stützen

Bundeskanzler Merz' Scheitern im ersten Wahlgang ist symptomatisch für Uneinigkeit, Rechtsbrüche und Unfreiheit in Deutschland und den Parlamenten. Mit der Feststellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz wenige Tage vor der Einsetzung der neuen Bundesregierung, dass die AfD rechtsextremistisch ist, wurde sie erneut zum dominierenden Thema der deutschen Politik gemacht zu einem Zeitpunkt, wo eine neue Bundesregierung konzentriert auf die anstehenden dringenden Sachthemen ihre Arbeit aufnehmen sollte. Wer auch immer dieses Gutachten unter der scheidenden Innenministerin der Ampelregierung lanciert hat, hat damit die Regierungsbildung zielgerichtet zu manipulieren versucht. Dass die Kanzlerwahl in einem zweiten Wahlgang nur mit Hilfe der Linken zustande kam, bindet die CDU noch mehr an den sozialistischen Mainstream.

Als Bündnis C – Christen für Deutschland haben wir uns mehrfach gegen Brandmauern in den Parlamenten ausgesprochen, weil es das Liebesgebot Jesu und

die Würde jedes Menschen gebieten, dass man mit ihm spricht, egal, was seine Überzeugungen sind. Brandmauern behindern die Arbeitsfähigkeit der Parlamente, wie im neuen Bundestag und den Ausschüssen erneut sichtbar, ignorieren den Wählerwillen und hebeln demokratische Prozesse aus.

Die Frage, die wir als christliche Partei aber stellen, ist: Aus welchen ideologischen Quellen und welchem Geist speist sich die Politik welcher Partei? Dazu schauen wir nicht nur auf Positionen im Wahlprogramm, sondern wie deren Protagonisten ihre Positionen vertreten:

- Trennen sie in der Kommunikation zwischen Person und Sache? Werden Personen angegriffen? Früchte eines guten Geistes sind Freundlichkeit und Sanftmut (Galater 5,22).
- Wird Feindschaft genährt gegenüber politischen Gegnern? Jesus sagt: Liebt eure Feinde! Ansonsten wird Spaltung befeuert (Lukas 6,27).
- Sind die Lösungsansätze eher populistisch als realistisch, und sind sie unter Achtung der Würde, Freiheit und Verantwortlichkeit jedes Menschen begründet (Epheser 2,10)?

An diesen Leitlinien muss sich zuerst die CDU/CSU mit dem C im Namen messen lassen, um als Regierungspartei das Land zu einen und auf einen Kurs der Erneuerung zu bringen. Diesen Kurs wird niemand einschlagen können, der pauschal ein Drittel der Wähler aus dem demokratischen Diskurs ausschließen und die größte Oppositionspartei verbieten will, auf der anderen Seite aber die LINKE hofiert. CDU/CSU dürfen diese Eskalation nicht weitertreiben, wenn sie das Land aus den Krisen führen wollen. Hier kommt Bundeskanzler Merz die Verantwortung zu, für Einigkeit, Recht und Freiheit zu wirken und die Grenzen zu ziehen, wo sie verletzt werden.

In Verantwortung vor Gott für Deutschland und Europa

Dass Merz als Bundeskanzler im ersten Wahlgang im Bundestag gescheitert ist, hat international für deutlich mehr Irritationen gesorgt als im Land. Von Deutschland als führende Nation und größte Volkswirtschaft in Europa wird Führungsverantwortung erwartet. Merz' Antrittsbesuche am Tag nach seiner Wahl in Frankreich und Polen und zwei Tage später mit Macron, Starmer und Tusk in Kiew sollten das unterstreichen. Sie können aber im Inland nicht über die gebrochenen Wahlversprechen hinwegtäuschen, die vor allem in

den Reihen der CDU für Widerstand sorgen und bei ihren Wählern Vertrauen verspielt haben.

Ohne den von Merz versprochenen Politikwechsel wird Deutschland auch seiner internationalen Verantwortung immer weniger gerecht werden. Dazu muss die CDU die neomarxistische Agenda der Ampelregierung wirksam stoppen, die die SPD fortführen will. In der ausweglosen Bindung an die SPD, in die sich die CDU hineinmanövriert hat, scheint ein Richtungswechsel aber kaum möglich. Wenn die CDU als Regierungspartei bestehen will, muss sie ihr christliches Fundament ausgraben, auf dem sie sicher steht und sich nicht nach links oder rechts runterziehen lässt. Nur in der Bindung an ihre christlichen Grundlagen kann sie das Spaltungspotenzial neutralisieren, auf das die AfD abzielt, und ihrer Führungsrolle in der Koalition gegenüber der SPD Geltung verschaffen.

Wir sind nicht „der Überzeugung, dass unser großartiges Land die Herausforderungen unserer Zeit aus eigener Kraft heraus bestehen und daraus etwas Gutes machen kann“, wie Bundeskanzler Merz sie in seiner ersten Regierungserklärung geäußert hat. Als Christen lassen wir uns aber auch nicht vom menschlich Machbaren gefangen nehmen, sondern wissen, dass Gott Wege auch aus ausweglos erscheinenden Situationen hat. Wir befehlen unsere neue Bundesregierung dem Herrn der Geschichte an, beten um die Kraft, Liebe und Besonnenheit, Brandmauern abzubauen, um Reinigung der Ministerien von den ideologischen Bindungen an die Vorgängerregierung und um Inspiration göttlicher Lösungen, die die politischen Strukturen und Systeme für die Wege Gottes öffnen zu einer nationalen Transformation.

Mögen auch die vier Regierungsmitglieder, die in ihrem Amtseid auf die Hilfe Gottes verzichtet haben, diese Hilfe dennoch erfahren und erbitten.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Petition an den Deutschen Bundestag

Die nachfolgende Petition wurde am 23.05.2023 beim Deutschen Bundestag eingereicht. Auch auf unsere Nachfrage am 10.07.2025 nach dem Bearbeitungsstand kam bisher keine Reaktion vom Petitionsausschuss. Sobald die Petition im Petiti-

onsportal des Bundestages zur Mitzeichnung freigeschaltet ist, werden wir alle kleineren Parteien sowie unsere Mitglieder und Interessenten per E-Mail informieren und bitten um Verbreitung und Mitzeichnung!

Reduzierung der Unterstützungsunterschriften und digitales Verfahren

Mit der Petition wird eine Änderung von § 20 Abs. 2 und § 27 Abs. 1 Bundeswahlgesetz (BWahlG) gefordert, die die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Kreiswahlvorschläge und Landeslisten deutlich reduziert.

Es wird außerdem eine Änderung von § 32 Abs. 3 Europawahlordnung (EuWO) sowie § 20 Abs. 3, 27 Abs. 1 BWahlG und § 34 Abs. 4 Nr 2 Bundeswahlordnung (BWO) gefordert, dass die Unterschriften zur Unterstützung eines Wahlvorschlages und die Bescheinigung des Wahlrechts in digitaler Form beigebracht werden können.

Begründung:

Bei der letzten Bundestagswahl wurde vielen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, die Wahlzulassung verwehrt, weil sie in den verkürzten Fristen die nach § 20 Abs. 2 und § 27 Abs. 1 Bundeswahlgesetz geforderten Unterstützungsunterschriften nicht beibringen konnten. Damit wurden die Möglichkeiten demokratischer Beteiligung kleinerer Parteien erheblich beschnitten, und das angesichts der Zunahme an Wählern, die noch nicht etablierten Parteien ihre Stimme geben.

Die Menge der Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl benachteiligt auch unter regulären Bedingungen kleinere Parteien, indem sie Ressourcen bindet, die für die politische Arbeit fehlen. Wir fordern eine grundsätzliche Reduzierung der geforderten Unterschriften, wie sie 2021 für die Bundestagswahl wegen Covid-19 galt, um die demokratische Beteiligung von Parteien nicht zu behindern.

Bundeswahlleiterin Brand hat zudem im Vorfeld der Bundestagswahl auf die begrenzten Kapazitäten der

Behörden hingewiesen, die teilweise bereits vor der Europawahl 2024 mit der Bearbeitung der vergleichsweise geringen Anzahl von Unterstützerunterschriften über den regulären Zeitraum überfordert waren. Beim Bundeswahlausschuss am 29.03.2024 beklagten mehrere Vertrauenspersonen der anwesenden Parteien, dass nachweislich eingereichte Formulare bei den Meldebehörden verloren gingen, wochenlange Bearbeitungsfristen oder von den Ämtern falsche Auskünfte erteilt wurden zu den Listen und dem Verfahren. Bei den verkürzten Fristen vor der Bundestagswahl mit der mehrfachen Anzahl geforderter Unterschriften haben sich die Probleme potenziert.

Die Symptome zeigen die Dysfunktionalität des Systems und den Reformbedarf des Verfahrens. Das Einholen der Unterschriften und die Bestätigung des Wahlrechts auf Papier im Original überfordert Parteien wie auch die Behörden und braucht ressourcenschonende Alternativen.

Der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz forderte am Tag nach der Bundestagswahl eine Änderung des Wahlgesetzes – allerdings nur bezogen auf die Verteilung der Direktmandate im Bundestag.

Bitte reduzieren Sie die geforderten Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl und machen Sie mit einer zeitgemäßen gesetzlichen Regelung den Weg frei für ein digitales Verfahren und insbesondere für die Bescheinigung des Wahlrechts. Die Gemeindebehörden können Portale für die Einreichung der Unterschriften mittels Identifizierung bereitstellen, wo diese direkt im Melderegister abgeglichen und bestätigt werden. Es handelt sich um ein einfach zu automatisierendes Verfahren, das alle Beteiligten von unnötigem Personal- und Kostenaufwand entlasten, Papier und Versand sparen kann.

Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland findet am 31.10. – 01.11.2025

im Haus Hainstein, Am Hainstein 16,
99817 Eisenach statt

Am Bundesparteitag wird der Bundesvorstand neu gewählt und es werden Schiedsrichter für das Bundesschiedsgericht nachgewählt.

Auf der Tagesordnung stehen neben den Berichten des Bundesvorstandes und den Wahlen Diskussionen zu aktuellen politischen Themen und einige Satzungsänderungen.

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen satzungsgemäß Mitte Oktober 2025.

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Wir werden am Bundesparteitag auch das 10-jährige Bestehen von Bündnis C begehen. Ideen zu Rückblick und Ausblick sind herzlich willkommen.

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind satzungsgemäß bis zum 01.10.2025 bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

*Jetzt
vormerken!*

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



[https://www.facebook.com/
buendnisC](https://www.facebook.com/buendnisC)



[YouTube https://www.youtube.com/buendnisC](https://www.youtube.com/buendnisC)

Europa-USA: Scheidung oder Neubeginn?

Diskussionsgrundlage für den Bundesparteitag am 31.10./01.11.2025

Seit ihrer Gründung galten die USA als Standardträger liberaler Werte, einer demokratischen, regelbasierten politischen Ordnung, als Hüter der Weltordnung und Weltpolizist und als Garant einer globalen Finanzstabilität. Ist das mit Präsident Trump vorbei oder geht es um eine Neujustierung dieser Werte und der Rolle der USA? Und wie sollte die EU in der veränderten Weltlage agieren?

Die folgenden Gedanken wurden in einer Diskussion der European Christian Political Party (ECP) entwickelt und dienen als Diskussionsgrundlage für Bündnis C über unsere Positionierung in den Spannungen zwischen Europa und den USA und zu den Beschlüssen der NATO und der EU über die weitere Aufrüstung Europas.

1. Die USA als Standardträger liberaler Werte

In der modernen Geschichte waren die USA eine Inspiration für Liberale auf der ganzen Welt und beriefen sich auf die amerikanischen Standards für eine freie, integrative, tolerante und offene Gesellschaft. Nach den ersten hundert Tagen von Präsident Trumps Amtszeit sind Liberale im In- und Ausland betroffen von mutmaßlichen Angriffen der Regierung auf liberale Werte in allen Politikbereichen. Die Maßnahmen der Trump-Administration zur Aufhebung der von früheren Regierungen erlassenen D.E.I.-Politik richten sich gegen die Auswüchse der „Woke-Ideologie“ und manifestieren sich in der öffentlichen Verwaltung, in Regierungsbehörden, in amerikanischen Unternehmen, an Hochschulen, in der Justiz, in den Medien, in der Filmindustrie, ... Sie reichen von verbalen Drohungen bis hin zu Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Einschränkungen und Verboten mittels Durchführungsverordnungen oder der Einbehaltung von Bundesmitteln.

Besonders die EU arbeitet sich an diesem Gegenangriff auf den Liberalismus ab, der jedoch bei unvoreingenommener Betrachtung kein Liberalismus mehr ist, sondern eine Dominanz von ideologisch motivierten Partikularinteressen, die nicht mehr auf das Gemeinwohl der Gesellschaft zielen. Wir glauben, dass sowohl dieser Liberalismus am Scheitern ist als auch, dass konservativ-nationalistische Gegenbewegungen keine

friedlichen Lösungen bringen werden – weder in den USA noch in der EU, wo diese Strömungen genauso an Gewicht gewinnen. **Als christliche Partei sollten wir uns deshalb darauf konzentrieren, wie eine beziehungsorientierte Gesellschaft aussehen kann, die die Fronten zusammenbringt und die um Wege ringt jenseits von Liberalismus und Nationalismus.** Statt sich an Präsident Trump und den USA abzuarbeiten, muss die EU die Beziehungen zwischen ihren Mitgliedsstaaten stabilisieren und befrieden, weil nur eine freundschaftlich geeinte EU handlungsfähig ist in den globalen Veränderungen und über die EU hinaus friedliche Beziehungen bauen kann. Das gilt wie bisher zuerst für die USA und unsere Bündnispartner, ohne sich auf die bisherigen Abhängigkeiten weiter zu verlassen. Präsident Trumps politisches Agieren kann der EU als Weckruf dienen, zu agieren, statt nur darauf zu reagieren: **Welche Werte haben Europa stark gemacht, was wollen wir erreichen und mit wem verbünden wir uns dafür?**

2. Die USA als Standardträger einer demokratischen, regelbasierten politischen Ordnung

Der Erfolg westlicher Gesellschaften beruht maßgeblich auf der Stabilität ihrer politischen Institutionen. Diese Stabilität wird durch ein gemeinsames Verständnis und Übereinkunft über die Regeln für die komplexen Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern gewährleistet. Verfassungen definieren Rechte, Pflichten und Freiheiten, Grenzen der Regierungsführung und Schutzmechanismen gegen Übergriffe. Eine unabhängige richterliche Aufsicht dient zur Beilegung von Streitigkeiten und als Richtschnur.

Seit ihrer Unabhängigkeit und der Verabschiedung ihrer Verfassung gelten die USA als Mutter aller Demokratien, was vor allem auf die Stabilität ihrer politischen Institutionen und das Vertrauen der amerikanischen Gesellschaft sowie der Demokratien in aller Welt in das amerikanische System zurückzuführen ist. Trumps Agieren in den ersten hundert Tagen seiner Amtsführung haben dieses Vertrauen vieler Menschen im In- und Ausland in die demokratischen Grundlagen und die Verlässlichkeit des politischen Systems der USA erschüttert. Gestützt auf das Narrativ eines Staatsappa-

rates und parteiischer Mainstream-Medien, die die legitime Macht der gewählten Staatsorgane untergraben, stellte Trump gerichtliche Entscheidungen in Frage und erließ weitreichende Durchführungsverordnungen, vor allem zur Reduzierung der Staatsausgaben.

Die Empörung darüber in der EU ist erwartbar, da sich in den westlichen Demokratien ähnliche Entwicklungen wie auch Widerstand dagegen formiert haben. Trump geht gegen einen aufgeblähten Staatsapparat vor, wie er auch in Deutschland politische und wirtschaftliche Entscheidungen dominiert und wie sich auch die EU-Institutionen immer mehr zu einem Bürokratiemonster entwickelt haben. Demokratische Gesellschaften funktionieren grundsätzlich Bottom-up nach dem Subsidiaritätsprinzip, mit Freiheit für Initiative und Engagement der Bürger und der Wirtschaft, ohne dass der Staat oder die EU Top-down ausufernde Vorgaben machen, jedes Detail vorschreiben und kontrollieren. Insbesondere wenden wir uns gegen ideologisch motivierte Vorgaben für die Wirtschaft und die Gesellschaft, die auch in Europa weithin von staatskonformen Medien gestützt werden.

Wir sollten in Europa auch hier unsere Hausaufgaben machen, statt uns in die amerikanische Innenpolitik einzumischen: Für unsere konföderale Vision der EU sind souveräne Mitgliedsstaaten, die nach dem Subsidiaritätsprinzip zusammenarbeiten, die Gestaltungsgrundlage. **Wir befürworten keinen Kahlschlag der Institutionen à la Trump, aber besonnene, notwendige Reformen, die sowohl unseren nationalen Staatsapparat als auch die EU verschlanken, damit deren Institutionen wieder der Wirtschaft und der Gesellschaft dienen.** Wir wenden uns ausdrücklich dagegen, dass die EU jede neue Krise wie Covid-19 oder die jetzige der transatlantischen Beziehungen zum Anlass für weitere Zentralisierung nutzt.

3. Die USA als Hüter der Weltordnung und Weltpolizist

In der Standardanalyse der internationalen Beziehungen setzt die Ordnung einen mächtigen Hegemonen voraus, der bereit ist, seine dominante Macht zur Aufrechterhaltung der Regeln, Normen und Institutionen einzusetzen, die die Beziehungen zwischen den Staaten regeln. Dieses Konzept – bekannt als „Theorie der hegemonialen Stabilität“ – wird häufig zur Erklärung der Ungleichgewichte und des letztendlichen Mangels an Ordnung im Europa der Zwischenkriegszeit herangezogen, als kein Land bereit und in der Lage war, die Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die Macht, die, angetrieben von der globalen Bedrohung durch den Kommunismus, sowohl den Willen als auch die Fähigkeit hatten, eine neue internationale Ordnung durchzusetzen. So waren die USA von Beginn der bipolaren Weltordnung an federführend bei der Schaffung des westlichen Bündnisses, das auf freiwilliger und für alle Seiten vorteilhafter Beteiligung und Zusammenarbeit beruhte, im Gegensatz zu dem unter sowjetischer Gewalt und Zwang stehenden kommunistischen Ostblock. In diesem Rahmen wurde unter Führung der USA die NATO mit einer Klausel zur gegenseitigen Verteidigung gegründet. Darüber hinaus spielten die USA eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Völkerrechts, das fast achtzig Jahre lang für Frieden und Stabilität in der westlichen Hemisphäre sorgte.

Präsident Trump scheint die Rolle der USA in der NATO neu zu definieren, die Verteidigungsgarantien der USA für Europa und Japan und sogar den Austausch von Geheimdienstinformationen mit den Five Eyes-Partnern in Frage zu stellen (Australien, Kanada, Neuseeland und UK). Bei den Vereinten Nationen hat sich Washington in Bezug auf die Invasion in der Ukraine teilweise auf die Seite Russlands und anderer ehemaliger Gegner wie Weißrussland und Nordkorea und gegen seine traditionellen demokratischen Verbündeten gestellt. Es stellt sich die Frage, ob Washington weiterhin US-Truppen in Europa stationieren und seine NATO-Verpflichtungen einhalten wird.

Bereits 2016 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zur „Europäischen Verteidigungsunion“ an. Als Reaktion auf das veränderte Sicherheitsumfeld Europas bezeichnete die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihren am 18. Juli 2024 vorgestellten politischen Leitlinien die Verteidigung als Priorität und Schlüsselsektor für die Vervollständigung des Binnenmarktes und verpflichtete die EU-Exekutive zum Aufbau einer „Europäischen Verteidigungsunion“. In der Folge haben die Kommissare für das Ressort des Außenbeauftragten, Vizepräsidentin Kaja Kallas (Estland), und für das Ressort für Verteidigung und Raumfahrt, Andrius Kubilius (Litauen), im März 2025 das Weißbuch ReArm Europe Plan/Readiness 2030 vorgelegt. In diesem strategischen Dokument ermöglicht die Kommission Ausgaben in Höhe von über 800 Mrd. EUR, um Lücken in den Verteidigungsfähigkeiten zu schließen, die europäische Verteidigungsindustrie zu fördern, den EU-weiten Verteidigungsmarkt zu koordinieren und die Umgestaltung der Verteidigung zu beschleunigen. Die Ukraine soll weiter unterstützt, die

Bereitschaft Europas für den Ernstfall verbessert und die Partnerschaft gestärkt werden.

Beim NATO-Gipfel am 24./25. Juni in Den Haag standen die langfristige Finanzierung der Verteidigungszusammenarbeit und die Erhöhung des Verteidigungshaushalts der europäischen Mitgliedsstaaten im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung, bis 2035 die Verteidigungsausgaben auf 5% des nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Mitgliedstaaten zu erhöhen, davon mindestens 3,5 Prozent in Verteidigung zu investieren und 1,5 Prozent in verteidigungsrelevante Infrastruktur. Hauptmotivation war, die USA in der NATO zu halten. Für Deutschland bedeutet das eine Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben auf etwa 200 Milliarden Euro, was fast der Hälfte des derzeitigen Bundeshaushalts ohne neue Schulden entspricht.

Als Bündnis C – Christen für Deutschland stehen wir den enormen Schuldensummen, die sowohl national als auch in der EU für Verteidigungsaufgaben neu aufgenommen werden sollen, äußerst kritisch gegenüber, so wie wir bereits das Schuldenprogramm Next Generation EU abgelehnt haben. Wir unterstützen, dass Europa verteidigungsfähig werden muss auch ohne die USA. Statt die Landesverteidigung mit Schulden zu finanzieren, muss eine solide Haushaltspolitik aber zuerst an den Staatsausgaben ansetzen und diese reduzieren. Die Verteidigungsausgaben können nicht pauschal an einem Prozentsatz des BIP gemessen werden, sondern wie die Bundeswehr modernisiert und einsatzfähig wird für eine funktionierende und effektive Landesverteidigung.

Wir warnen außerdem vor teuren und uneffektiven Doppelstrukturen in der EU und der NATO, wie sie im aktuellen Wettlauf auf beiden Seiten zu befürchten sind. Das primäre Verteidigungsbündnis für Europa sollte auch mit Trump die NATO bleiben und zuerst stabilisiert werden. Wir befürworten die Verteidigungszusammenarbeit in der EU, aber keine gemeinsame europäische Armee.

Bei aller Notwendigkeit der Verteidigung Europas wollen wir keinen neuen Militarismus, der von der Angst getrieben ist, dass Russland nach der Ukraine ein NATO-Land angreift. Im Sinne der europäischen Entspannungspolitik muss Diplomatie weiterhin den Vorrang vor dem Einsatz von Waffen haben. Wir glauben, dass Deutschland als Verursacher der letzten beiden Weltkriege dabei eine Schlüsselrolle zukommt, jetzt nicht vor allem bei der Aufrüstung Europas voranzugehen, sondern die Kanäle zu Russland offenzuhalten und um Verständigung zu ringen.

4. Die USA als Garant für globale Finanzstabilität

Zu den wichtigsten Pfeilern der Nachkriegs-Wirtschaftsordnung gehörten die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie in der Folge die Ernennung des US-Dollars zur Weltleitwährung. 1948 erarbeiteten die kapitalistischen freien Marktwirtschaften die Grundsätze und Regeln des internationalen Handels im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das 1995 in die Welthandelsorganisation (WTO) überführt wurde. Die US-Politik dominierte auch hierbei die Institutionen und die Bewältigung globaler Wirtschaftskrisen.

Die zweite Trump-Administration steht vielen internationalen Institutionen kritisch gegenüber. Einige dem Präsidenten nahestehende politische Analysten haben eine drastische Reduzierung oder sogar ein Ende der US-Unterstützung für den IWF und die Weltbank gefordert. Kurz nach seinem Amtsantritt erließ Trump Durchführungsverordnungen zum Austritt aus dem Pariser UN-Klimaabkommen und der WHO. Er verhängte einen 90-tägigen Stopp aller US-Auslandshilfen und ordnete eine Überprüfung aller internationalen Organisationen an, denen die USA angehören. Obwohl Trump die Zölle teilweise zurücknahm, scheint eine regelbasierte Handelsordnung, wie wir sie kannten, vorbei zu sein.

Hat der Euro das Potenzial, den US-Dollar als Leitwährung abzulösen? **Wir sehen eine immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen zunehmender Geldmenge und abnehmender Wirtschaftskraft in Europa aufgrund der demographischen Entwicklung der westlichen Gesellschaften.** Mit exponentiell zunehmenden Schulden der Nationalstaaten kann niemand mehr die Stabilität des Euro garantieren und es droht dessen Abwertung. Damit kann der Euro keine internationale Leitwährung werden und eine globale Finanzstabilität gewährleisten. Angesichts der aktuellen Unwägbarkeiten der US-Finanzpolitik muss die EU umso mehr auf Haushaltsdisziplin achten entsprechend dem Vermögen, was unsere Volkswirtschaften leisten können. Grundsätzlich strebt Bündnis C – Christen für Deutschland eine gedeckte Währung an, die die ungebremste Geldvermehrung stoppt und damit stabile Finanzmärkte ermöglicht.

 **ecppp** / Bundesvorstand Bündnis C

Patenschaft & Schulungen für aktive Mitglieder

Diskussionsgrundlage für den Bundesparteitag

Ein kleiner Fisch im großen Meer der Parteien ist Bündnis C – Christen für Deutschland. Wer etwas erreichen möchte, muss sich von der Masse abheben, um eine echte Alternative zu bieten. Von den etablierten Parteien ist bekannt, dass sie in der Regel eine gute Mitarbeiterbetreuung und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten. Das ist einer der Unterschiede, weshalb viele Kleinparteien wie Bündnis C keinen Unterschied machen.

Sowohl die Mitarbeiterbetreuung als auch die Schulungsmöglichkeiten können zu einem Gamechanger (Spielveränderung) werden. Die Frage, was wir wie verändern müssten, damit wir uns sowohl in der Mitarbeiterbetreuung als auch im Bereich der Weiterbildung von der Masse abheben, sollte auf dem Bundesparteitag diskutiert und geklärt werden.

Die Grundlage dieses Konzepts ist eine **Patenschaft**, sie geht die Mitgliederbetreuung an. Patenschaften sind in den Kirchen bekannt; auch in zahlreichen Firmen werden Patenschaften für neue Mitarbeiter eingeführt. Dabei handelt es sich um ein zeitlich begrenztes Angebot (max. ein Jahr) vor allem für neue Mitglieder. Es kann von jedem aktiven und interessierten Mitglied umgesetzt werden. Weil es bundeseinheitlich durchgeführt werden sollte, empfiehlt es sich, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die in Abstimmung mit dem Bundesvorstand die Inhalte ausarbeitet. Der Inhalt sollte leidenschaftlich, ermutigend und informativ sein.

Zum Inhalt der Patenschaft gehören die folgenden Bereiche:

- **Historie:** Bei einer Historie sind Zahlen, Daten, Fakten wichtig. Auch manche Hintergründe von Entscheidungen sind hilfreich. Dadurch wird verständlich, warum die Partei so ist, wie sie ist.
- **Ziele & Visionen:** In Sprüche 29,18 steht, dass ein Volk untergeht, wenn es keine Vision hat. Nur wer sein Ziel kennt, kann entsprechende Wege gehen.
- **„Who is who“:** Sowohl die Aufgaben der Funktionäre als auch die Hierarchie wird hier erläutert.
- **Partei-Knigge:** Adolf Knigge schrieb 1788 ein Werk über Umgangsformen zwischen den Menschen. Selbst der Apostel Paulus schrieb über christliches Verhalten untereinander. An das sollten wir uns immer wieder erinnern.

Weil es sich hier um eine Form der Mitgliederbetreuung handelt, sollte die Patenschaft in Präsenz stattfinden. Das ist leider nicht immer möglich, weshalb die Patenschaft auch über Telefon oder Videocall durchgeführt werden kann.

Die **Schulungen** bauen auf der Patenschaft auf. Aus Erfahrungen und Beobachtungen heraus besteht die Notwendigkeit, bestimmte Bereiche sofort und ggf. öfters zu schulen. Hierfür sind zurzeit in diesem Konzept drei Module vorgesehen: Parteiarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und politische Arbeit. Jedes Modul enthält drei bis sechs Schulungen. Es wäre möglich, für die eine oder andere Schulung eine Arbeitsgruppe zu entwickeln, zu dem auch Fachpersonal eingeladen werden kann. Der empfohlene Turnus ist prinzipiell jährlich. Je nach Bedürfnis oder Notwendigkeit kann es variieren.

Das **Modul Parteiarbeit** enthält interne Schulungen. Sie sind vor allem für die Funktionäre elementar:

- **Kassenführung:** Die Erläuterungen sind zwar selbsterklärend, trotzdem kommt es zu erheblichen Differenzen in der Handhabung. Hier können die Hintergründe erläutert werden.
- **Gebietsverbände:** Sinn und Notwendigkeit werden hier dargelegt und wie man einen Gebietsverband gründet. Hilfen und Tipps sind darin enthalten.
- **Parteidokumente:** Wie werden Einladungen, Protokolle und Anträge richtig geschrieben? Es gibt dafür Muster und Vorgaben der Satzung sowie Leitlinien für Parteitage, die verwendet und beachtet werden müssen.

Im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit** sind manche schon sehr aktiv und eine Arbeitsgruppe ist im Aufbau. Dabei geht es um die Arbeit nach außen. Konkret handelt es sich um folgende Schulungen, für die auch Angebote der Stiftungen anderer Parteien genutzt werden können:

- **Rhetorik:** Wer in die Politik möchte, sollte reden können. Öffentliche Rede ist etwas, was viele nicht können und deshalb trainiert und geschult werden muss (vgl. Toastmasters). Weitere Inhalte können die Vorbereitung auf Interviews oder Podiumsdiskussionen sein.
- **Schreibwerkstatt:** Auf was ist bei Newslettern, Pressemitteilungen, Gebetsbriefen und Artikeln für unser Magazin zu achten?

Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C E-Mail Newsletter

newsletter.buendnis-c.de



Jetzt anmelden!

- PR 1: Hier geht es um Videos, Kurzvideos, Social Media ...
- PR 2: Standbetreuung auf Messen, Marktplätzen, ...
- Werbemittel: Kreativität ist hier besonders gefragt. Wie werden Werbemittel entwickelt? Welche machen Sinn und welche sind blanker Unsinn?

In den **Bereich Politik** wollen vermutlich die meisten hin, weil das der eigentliche Sinn und Zweck einer politischen Partei ist. Gerade hier gibt es viele Missverständnisse oder gefährliches Halbwissen. Deshalb ist es dringend erforderlich, unsere Mitglieder zu schulen:

- Allgemeinwissen 1: Kommunen, Landkreise, Bundesländer, Bundesrepublik. Wer beeinflusst wen und wie?
- Allgemeinwissen 2: Wahlen und ihre Fristen, aktives und passives Wahlrecht. Auf was ist zu achten?
- Meinungsbildung: Aufgabe von Parteien ist die Mitwirkung an der politischen Meinungs- und Willensbildung des Volkes. Wie wird eine Meinung gebildet?
- Gesetze: Auf was ist zu achten, wenn Gesetze gelesen werden? Hier empfiehlt es sich, einen Juristen als Referenten zu engagieren.
- Christliche Ethik: Ehe & Familie, Schutz des Lebens, Umgang mit Finanzen, Frieden stiften, Menschenführung, Integrität, ...
- Biblisch fundierte Politik: Schulungen zu einzelnen Themen wie Migration, Finanzen, Wirtschaft, Innen- & Außenpolitik, Kultur, Bildung, ...

Fazit

Damit Bündnis C – Christen für Deutschland eine Alternative zu den anderen Parteien wird, müssen wir uns von der Masse der Kleinparteien abheben. Dies kann nur dann gelingen, wenn die Partei nach innen gemeinsam an einem Strang zieht. Dieser Artikel dient als Diskussionsgrundlage, wie der Fokus neu geschärft und alte Träume und verloren gegangene Leidenschaft erweckt werden. Wenn es gelingt, ein solides Konzept auf die Füße zu stellen, wird die Partei attraktiver und gewinnt dadurch neue Mitglieder und auch jüngere Generationen.

Rainer Secker
Beisitzer Landesvorstand Bayern

Öffentlichkeitsarbeit: Gute Anfänge sind gemacht

Jeder Verein, jede Gruppierung und jede Partei braucht ein bestimmtes Maß an (Wieder-) Erkennungswert in der Öffentlichkeit. Wie es um uns als Bündnis C steht, kann man in der breiten Öffentlichkeit wahrnehmen: Oftmals kennt man Bündnis C – Christen für Deutschland gar nicht oder verwechselt uns mit den Grünen oder Bündnis Deutschland.

Nach einer Einladung an alle Landesvorstände, Mitglieder und Interessenten trafen sich am 20. Mai 2025 elf Teilnehmer per Zoom zum Austausch über Maßnahmen zur effektiveren Öffentlichkeitsarbeit.

Einig waren wir uns über darüber, die vorhandenen Ressourcen unserer in ganz Deutschland weit verstreuten Mitglieder zu vernetzen. Als ersten Schritt sammeln wir in der Bundesgeschäftsstelle **Fähigkeiten und vorhandenes Equipment**, so dass beispielsweise jemand in NRW weiß, dass in Niedersachsen und in Bayern Standmaterial, Videotechnik oder dergleichen vorhanden ist. Dann kann man logistisch ausloten, wo und von wem Material für Veranstaltungen oder auch zum Erstellen von Videoclips ausgeliehen werden kann und wie der Transport vonstatten geht. Oder jemand hat eine gute Stimme und redet dialektfrei und stellt sich für einen Podcast zur Verfügung ...

Möglichkeiten gibt es viele, und diese gilt es zu sammeln und zu koordinieren.

Daher die Bitte an alle: Sprecht Euch mit Euren Vorständen ab und gebt die vorhandenen Ressourcen an die Bundesgeschäftsstelle weiter.

Wer im Bereich Öffentlichkeitsarbeit mitarbeiten möchte, melde sich bitte auch in der Geschäftsstelle.

Verschiedene **Werbematerialien** haben wir im Landesverband Bayern getestet. Der Verband hat im Laufe der letzten Jahre Werbemittel zum Weitergeben und Videoclips produziert. Auf dem Bayerischen Kirchentag – eine Veranstaltung der Evangelischen Lutherischen Kirche in Bayern – konnten wir aktuell einen Testlauf durchführen, wie gut die Werbematerialien angenommen werden. Die Tragetaschen („Für tragbare Politik“) und das Salz („Salz und Licht für Bayern“) kamen dabei sehr gut an.

Das A und O ist, dass man das (politische) Gespräch sucht. Eine Partei ist nur als solche wahrnehmbar, wenn die zugehörigen Menschen sich für politische Lösungen/Ideen einsetzen. Gebet ist im Hintergrund wichtig, schreckt aber erfahrungsgemäß in der Öffentlichkeit ab und versperrt in manchen Fällen den Weg, sich weiter über politische Themen zu unterhalten. Es ist Feingefühl gefragt.



Spendenauf Ruf

Liebe Mitglieder und Interessenten,

wir leben in herausfordernden Zeiten. Mehr denn je braucht unsere Gesellschaft eine starke Stimme, die sich für christliche Politik einsetzt. Bündnis C stellt sich dieser Verantwortung – und dafür benötigen wir Ihre Unterstützung! Als Partei finanzieren wir unsere Arbeit hauptsächlich durch Spenden. Jeder Beitrag, ob groß oder klein, ermöglicht es uns, unsere Botschaften zu verbreiten und bekannter zu werden.

Neue Materialseite auf der Homepage

Unser Informationsmaterial ist nun noch schneller und unkomplizierter über unsere Webseite bestellbar. Besuchen Sie auf unserer Homepage im Bereich "Informieren" den Reiter "Material". Dort können Sie die gewünschten Flyer und Broschüren im Formular auswählen und diese direkt bestellen. Selbstverständlich ist eine Bestellung weiterhin auch per E-Mail oder Post möglich.

Wir möchten unsere Materialien grundsätzlich kostenfrei halten, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Da die Herstellung und der Versand jedoch Kosten verursachen, haben wir nun Richtwerte für eine Spende auf der Materialseite hinterlegt. So können Sie, wenn Sie möchten, die Kosten für das Material, das Sie bestellen, direkt mit einer Spende ausgleichen.

Was bewirkt Ihre Spende?

Ihre Spende von beispielsweise 25 € ermöglicht es uns, 50 Broschüren zum Thema Außenpolitik und Migration zu verschicken. Mit 30 € wäre der Versand von 25 Grundsatzprogrammen gedeckt.

Werden Sie aktiv

Möchten Sie unsere Arbeit nicht nur finanziell, sondern auch tatkräftig unterstützen? Bestellen und verteilen Sie unsere Flyer und Informationsmaterialien! Wenn Sie auch die digitalen Medien nutzen: Liken, teilen und kommentieren Sie gerne unsere Beiträge in den sozialen Medien.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSDE66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN **08**

Datum **Unterschrift(en)**

423 457 DG VERLAG

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN
und dabei Kästchen beachten!

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammert, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Die Übernahme von Verantwortung

Um es gleich am Anfang klarzustellen, liebe Leser: Es geht nicht um Schuld. Nicht darum, jemandem etwas in die Schuhe zu schieben oder für etwas verantwortlich machen. Es geht, wie so oft an dieser Stelle, überhaupt nicht um jemand anderen. Sondern um uns selbst. Um Sie, lieber Leser.

Der erste, der in die Pflicht genommen wurde, war Kain, dessen Frage, ob er seines Bruders Hüter sei, so absurd war, dass Gott sie nicht einmal beantwortet hat. Das heißt nicht, dass wir immer Schuld sind an dem, was unseren Brüdern passiert (zugegeben: bei Kain und Abel war schon persönliche Schuld im Spiel), aber Gott hält uns für verantwortlich, auf unsere Brüder, Schwestern, Mitmenschen, Nachbarn und so weiter zu achten. Für sie zu beten, sie auf dem Schirm zu haben. Offen zu sein dafür, dass Gott zu uns über sie spricht.

In Hesekiel 33 redet der Herr sehr streng mit dem Propheten, als es um die Frage der Ankündigung von Gericht geht. Gott macht Hesekiel klar, dass er Warnungen nicht einfach so ausspricht, dass die Ankündigung von Gericht eine ernste Sache ist. Und dass Gott den Propheten zur Rechenschaft ziehen wird, wenn er das Volk nicht warnt. Zur Beruhigung: Der Gewarnte stirbt dann nicht wegen der fehlenden Warnung, sondern wegen seiner eigenen Sünde, aber Gott wird dennoch sein Blut vom Propheten fordern.

Die Verantwortung ist also groß. Denn zunächst: Bin ich ein Prophet? Ist es Gott, der da redet? Und wofür sagt Gott mir das? Und was mache ich mit der Information?

Ich gebe zu, liebe Leser, bis hierher waren das alles Allgemeinplätze. Wechseln wir also in die Politik und überlegen, was wir mit dieser geistlichen Erkenntnis dort anfangen:

Das Erste, was auffällt, ist, dass das Land offensichtlich voller Propheten ist, denn gefühlt jeder scheint zu wissen, dass die Regierung, wenn sie sich nicht ändert oder besser gleich abtritt, das Land in den sicheren Untergang führen wird. Aber das hat häufig nichts mit übernommener Verantwortung zu tun, sondern mit Besserwisserei, Unzufriedenheit oder Stimmungsmache. Meist wird nur der Finger auf (vermeintliche) Missstände gelegt oder gleich noch Salz in Wunden gerieben.

Verantwortung zu übernehmen bedeutet, Auswege aufzuzeigen, Lösungen anzubieten, auf Alternativen hinzuweisen. Ganz im Sinne göttlicher Prophetie, die immer aufzeigt, wie das bevorstehende Unheil abgewendet werden kann und die angekündigte Strafe ausbleibt. Das bedeutet zum einen, im Gebet zu bleiben und auf Gott zu hören. Zum anderen aber, Lösungen auszuarbeiten. Gegenvorschläge zu machen, die auf göttlichen Prinzipien basieren, sachlich fundiert sind, einer Überprüfung standhalten und so vermittelbar sind, dass auch diejenigen bereit sind, darauf einzugehen, die von Gott bisher nicht so viel wissen.

Genau das ist es, was uns in Bündnis C umtreibt: Nach Antworten aus der Bibel suchen für die Probleme unseres Landes. Lösungen anbieten, Vorschläge formulieren, Alternativen diskutieren. Das geht über das „Kehrt um und tut Buße!“ hinaus, das die Gemeinden ins Land rufen (sollen). Es erfordert konzentrierte Arbeit, mühsames Verstehen komplexer Themen, Verfassen von biblisch und fachlich fundierten Stellungnahmen, Recherchieren von Zusammenhängen, Durchrechnen von Gleichungen. Ja, das ist mühsam, zeitaufwändig und geht über fromme Sprüche hinaus. Aber es ist der politische Teil des Übernehmens von Verantwortung, Ausdruck des Reagierens auf Gottes Reden zu uns über die Nöte des Landes. Und es ist die uns als Partei fordernde erste Hälfte des „Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn“ aus Jeremia 29.

Und wenn jetzt auch Sie, lieber Leser, Verantwortung übernehmen möchten, bereit sind, sich einzubringen in diese Arbeit mit Zeit, Gehirnschmalz, Sachkompetenz oder Ideen, dann sind Sie herzlich eingeladen, mitzuarbeiten. Kontaktieren Sie die Bundesgeschäftsstelle oder Ihre Landesvorstände, dort wird sicher eine Lücke zu finden sein, die Sie ausfüllen können.

Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Gebetsaufruf

Nachdem es in den restlichen Kapiteln dieser Publikation um diverse Aspekte der politischen Arbeit gegangen ist, lassen Sie uns an dieser Stelle einen Blick werfen auf den zweiten Teil von Jeremia 29 Vers 7 „... und betet für sie zum Herrn ...“: Das Gebet ist das, was, wie auch in anderen Bereichen unseres Lebens, den Unterschied macht. Natürlich kann ich auch zur Arbeit gehen oder Geld spenden ohne Gebet, Gespräche führen, Menschen in ihrer Not begegnen oder in den Urlaub fahren ohne Gebet. Ich könnte sogar ein politisches Mandat annehmen ohne Gebet. Aber bei welcher der beiden Varianten ist die Möglichkeit größer, dass Gottes Segen darauf ruht? Ich denke, wir sind uns einig, dass es das begleitende Gebet ist, das den Unterschied macht. **Sei es, um Türen zu öffnen, Strategien zu finden, Herzen zu erreichen oder sich Gottes Korrektur auszusetzen.**

Wir laden Sie ein, sich daran zu beteiligen. Es gibt eine Gruppe von Betern, die sich vierzehntägig online trifft, um gemeinsam aktuelle Fragen vor Gott zu bewegen. Und es erscheint monatlich ein kurzer Gebetsbrief, den Sie bei Interesse beziehen können, mit weiteren Informationen und Anliegen für Fürbitte und Danksagung. Wenn Sie Teil werden möchten von dieser Arbeit, sei es daheim im stillen Kämmerlein, als Teil der Online-Beter oder wenn Sie eine eigene Gebetsgruppe vor Ort oder im heimischen Landes- oder Regionalverband



aufbauen möchten, dann sind Sie herzlich willkommen. Melden Sie sich in der Bundesgeschäftsstelle oder unter gebet@buendnis-c.de.

All jenen, die schon dabei sind, die Arbeit von Bündnis C im Gebet zu unterstützen, sagen wir an dieser Stelle herzlichen Dank. Oder auch: Vergelt's Gott. Ohne diese Unterstützung im Hintergrund und das gemeinsame Hören auf Gott wäre, wie wir in 1Kor 3,11-13 lesen, die Gefahr groß, dass das, was wir tun, vor Gott keinen Bestand hat.

Herzlich grüßt Sie im Namen des Bundesvorstands

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Hartmut Voß

Stellvertretender
Bundesvorsitzender



Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Aufstellungsversammlung für die Liste zur Landtagswahl 2026

Am 08. März 2026 findet die Wahl zum 18. Landtag in Baden-Württemberg statt. Nach dem neuen Wahlgesetz können in unserem Bundesland nun mit der Zweitstimme die Landesliste unserer Partei Bündnis C und mit der Erststimme ein Direktkandidat in den jeweiligen Wahlkreisen gewählt werden. Neu ist auch, dass jeder, der am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat, eine Berechtigung zum Wählen hat.

Deshalb haben wir am Samstag, den 3. Mai 2025 in Karlsruhe im Rahmen einer Aufstellungsversammlung die Kandidaten für unsere Landesliste gewählt. Da viele Formalitäten zu erledigen waren, wurde sachlich und konzentriert gearbeitet. Jeder Kandidat stellte sich kurz vor und erklärte seine programmatischen Überzeugungen. Nach einer geheimen Wahl wurden schließlich zwölf Personen auf unsere Landesliste gesetzt. Die Namen der Kandidaten lauten:

1. Jürgen Graalfs, Weil am Rhein
2. Markus Bender, Altensteig
3. Daniel Bühler, Wangen

4. Dr. Rainer Simon, Altensteig
5. Jonas Mackwitz, Freiburg
6. Jürgen Raphael, Karlsruhe
7. Christian Papentin, Stuttgart
8. Torsten Krause, Schwäbisch Hall
9. Michael Perrass, Hohberg
10. Dirk Sieberhagen-Wagenführ, Heroldstatt
11. Konstantin Müller, Villingen-Schwenningen
12. Werner Bernhard, Filderstadt

Wir sind uns einig, dass wir auf der Basis unserer jüdisch-christlichen Werte, die Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg haben aufblühen lassen, Politik gestalten wollen. Wir sind überzeugt, dass, nachdem die etablierten Parteien an dieser Stelle zunehmend ein Vakuum hinterlassen, sich für uns nun Chancen ergeben, Verantwortung für Baden-Württemberg im Bereich der Politik zu übernehmen.

Damit wir mit unserer Liste zur Landtagswahl antreten können, benötigen wir nun baldmöglichst insgesamt 2000 Unterstützungsunterschriften. Bitte helfen Sie uns dabei, wenn Sie in Baden-Württemberg Ihren Wohnsitz haben. Das entsprechende Formular kann auf unserer Landesseite hier <https://baden-wuerttemberg.buendnis-c.de/willkommen/landtagswahl-2026/unterstuetzungsunterschriften-zur-landesliste/> heruntergeladen werden. In Papierform erhalten Sie auch größere Stückzahlen von unserer Geschäftsstelle bei margit.zieger@buendnis-c.de.

Keine alltägliche Visitenkarte: Eine gute Möglichkeit, Bündnis C bekannt zu machen

Beim Gespräch mit Menschen auf der Straße, in der christlichen Gemeinde oder im Freundes- oder Verwandtenkreis erfahren wir häufig Zustimmung zu den Wahlaussagen von Bündnis C und zu unserem Grundsatzprogramm. Wenn es nach dem geht, was uns die Leute sagen, müssten wir bei Wahlen deutlich mehr als 0,4 – 0,6 % der Stimmen bekommen. Dies ist auch unser Ziel für die Landtagswahl in Baden-



Unsere Kandidaten für Landtagswahl 2026. Es fehlen Dirk Sieberhagen-Wagenführ und Konstantin Müller.



Württemberg am 8. März 2026. Wir träumen sogar davon, dass alle Christen im Lande zusammenhalten und die einzige Partei wählen, die sich zu Recht christlich nennt. Dann sind 5 % der Wählerstimmen keine Illusion!

Fragt man sich, warum Bündnis C bisher nur relativ wenige Stimmen bei den Wahlen bekommt, dann lautet die Antwort: Weil wir zu wenig bekannt sind. Die Menschen kennen Bündnis C nicht. Das soll sich ändern! Im Wahlkampf in Baden-Württemberg planen wir wieder Infostände, Flyer in die Briefkästen und Wahlversammlungen.

Ganz neu ist unsere blaue Bündnis C-Visitenkarte. Sie ist aus kräftigem Kartonpapier. Auf der Vorderseite unser Logo mit einer einfachen Aussage: „Ihre Partei für christlich innovative Werte“. Und auf der Rückseite finden sich die Kontaktdaten von Bündnis C Baden-Württemberg mit QR-Code. Mit dem QR-Code kommt man direkt auf die Webseite von unserem Landesverband Baden-Württemberg. Ein solches geniales Visitenkärtchen ist schnell und einfach weitergegeben. Einer unserer Mitglieder hatte eine supergute Idee: „Das Kärtchen mache ich an jedes Auto mit einem Fisch-Aufkleber!“ Dies wollen wir allen empfehlen, damit Bündnis C bekannter im Lande wird!



Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Schleswig-Holstein

Landesparteitag am 12.07.2025

Es wurde am 12. Juli 2025 ein neuer Landesvorstand für Schleswig-Holstein gewählt:



Von links nach rechts:

Klaus Dieter Schulz – Stellvertretender Vorsitzender

Hendrick Luttmann – Stellvertretender Vorsitzender

Dagmar Kubik – Beisitzerin

Birgit Konzelmann – Kassiererin

Hans Martin Konzelmann – Vorsitzender

Wir danken allen, die sich für den neuen Vorstand zur Verfügung gestellt haben und freuen uns auf eine fruchtbare Zusammenarbeit!



Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

Rheinland-Pfalz

Landesparteitag in Simmern am 28.06.2025

Nach einem Eingangsgebet zur Eröffnung des Landesparteitages hielt Pastor und Autor Hans-Claus Ewen einen Predigtvortrag zum Thema „Jesus, das Haupt der Gemeinde“. Damit betonte er, dass auch Bündnis C als Partei Jesus Christus in ihren Mittelpunkt gestellt hat. Rainer Proll als neu gewählter Beisitzer im Landesvorstand und unser Schatzmeister Robert Werthmann-Bast hielten einen Vortrag über Makroevolution und stellten ihr die Schöpfung gegenüber, zur Verherrlichung des Schöpfers. Anschließend schenkte uns der stellvertretende Vorsitzende Martin Brüggehofo in seinem Impulsvortrag „Ein Weg durch die Wüste und Wasserströme in der Einöde“ zu Jesaja 35,6 einen Blick aus Gottes Perspektive auf unser Land im Umbruch angesichts mancher politischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre.

Uns ist bewusst, dass es nicht wichtig ist, was ich will, sondern was Gott durch uns tun will: Menschen wirklich zu erreichen und für das Land Rheinland-Pfalz etwas Gutes für die Zukunft in politischen Gremien mitzugestalten, sei es ein kleiner Gemeinderat oder bis in den Landtag hinein. Wir stellten fest, dass wir als kleine Landespartei den entscheidenden Unterschied zu anderen politischen Mitbewerbern machen, denn wir verherrlichen den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist und können Gott bei allen Fragen und Entscheidungen, die für unsere Gesellschaft zu treffen sind, zu Rate ziehen.

Mein Hauptanliegen als frisch gewählter Landesvorsitzender hier im schönen Rheinland-Pfalz ist, die Präambel unseres Grundgesetzes, die die Verantwortung Deutschlands vor Gott und den Menschen betont, wieder verstärkt in das kollektive Bewusstsein unserer Bevölkerung zu tragen. Ebenso ist es mir ein Anliegen, die Wahrnehmung zu verstärken, dass auch wirtschaftlicher Segen der Gnade Gottes und unserem Bekenntnis zu ihm zu verdanken ist!

Aufstellungsversammlung für die Landtagswahl 2026

Im Anschluss an den Landesparteitag fand die Aufstellungsversammlung für unsere Landesliste zur Landtagswahl 2026 statt. Es wurden folgende Kandidaten gewählt:

Listenplatz 1: Eckhard Braun

Listenplatz 2: Martin Brüggehofo

Listenplatz 3: Rainer Proll

Listenplatz 4: Robert Werthmann-Bast

Listenplatz 5: Volker Giese

Ich bin gespannt, ob wir mit dem Sammeln der in unserem Bundesland benötigten 2 080 Unterstützungsunterschriften bis zum 06.01.2026 vorankommen und am 22.03.2026 gewählt werden können. Unser Ziel ist es, mit 5–7 % der Stimmen im Landtag dabei zu sein, so Gott will! Wir bitten alle Mitglieder von Bündnis C Rheinland-Pfalz, uns tatkräftig bei den Unterstützungsunterschriften zu helfen und die Unterlagen anzufordern!

Die Vision durfte ich zum Schluss der Versammlung so zusammenfassen:

Wir gehören zu Jesus Christus und er ist unser Mittelpunkt. Wir sind Gottes Schöpfung und haben Verantwortung, denn Er hat uns diese Erde unter unsere Füße gestellt. Zu dieser Verantwortung gehört es, den Auftrag ernst zu nehmen: Für die Familien und die Jugend, Bildung und Wirtschaft, Handwerk, Industrie, Forst und Landwirtschaft, Migration, Umwelt, Energie, Krieg und Frieden, Geld, Sozialpolitik und Medien ... Jeder einzelne Bereich soll nach Gottes Rat in Seinem Wort gestaltet und an Seinen Maßstäben ausgerichtet werden. So lasst uns die Wahrheit, die wir durch Jesus Christus haben, transparent in die Parlamente tragen.

Unser dreieiniger Gott schütze Rheinland-Pfalz!



Eckhard Braun

Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz

Wasserströme in der Einöde - Gottes Perspektive für ein Land im Umbruch

Vortrag auf dem Landesparteitag am
28.06.2025

Das Wort aus Jesaja 43,19 „Seht, ich wirke Neues! ... Ich bahne einen Weg durch die Wüste, lege Ströme in der Einöde an“ wurde mir im Januar 2021 mitten in der Corona-Pandemie zur Ermutigung, zur Hoffnung und zu einem persönlichen Aufruf zur Wachsamkeit. Es erinnert daran, dass Gott nicht nur Israel, sondern auch unser Land sieht – und segnen will, wenn ein gläubiger Überrest auf ihn vertraut. Doch dieser Segen steht im Kontrast zu den gewaltigen Erschütterungen und Umbrüchen, vor denen wir stehen und die wir schon erleben.

Die Folgen der Pandemie wirken bis heute nach – wirtschaftlich, gesellschaftlich und seelisch. Das Bruttoinlandsprodukt erlitt dramatische Einbrüche; die Staatsverschuldung steigt exponentiell an; Unternehmen wandern zunehmend wegen Steuervorteilen ins Ausland ab; die Isolation der älteren und die Traumatisierung der jüngeren Generation durch Lockdowns waren katastrophal: Corona war nicht nur eine Gesundheits-, sondern eine Systemkrise.

Eine weitere Erschütterung war der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 und im September desselben Jahres der Anschlag auf die Nordstream-

Pipelines. Durch den Importstopp russischen Gases nimmt Deutschland nun das hochpreisige Gas v. a. aus den USA in Kauf.

Die Energiewende ist geprägt von Planungsmängeln und explodierenden Kosten. Die Abschaltung der Kernkraftwerke 2023 trotz wachsender Unsicherheiten war unverantwortlich. Der EU Green Deal und die „Naturwiederherstellungsverordnung“ bedrohen ganze Wirtschaftsbereiche, insbesondere Landwirtschaft und Mittelstand. Die Folgen für die Nahrungsmittelversorgung sind verheerend.

Parallel dazu führt die seit Jahren anhaltende Massmigration zu wachsenden Spannungen und finanziellen Lasten, während der Staat neue Schuldenberge anhäuft. Die Entscheidung, über Jahre hinweg hunderte Milliarden Euro in Klima, Rüstung und Infrastruktur zu investieren, ist riskant – besonders angesichts der Pläne, den Verteidigungsetat auf bis zu 5 % des BIP zu steigern.

Deutschland steuert auf eine existenzielle Krise zu – wirtschaftlich und politisch. Die Liste der Herausforderungen ist lang:

Deindustrialisierung, Energieknappheit, fragile Lieferketten, mögliche Cyberangriffe, Firmeninsolvenzen, drohende Inflation. Gleichzeitig ruft die Regierung zur Krisenvorsorge auf – und plant den Umbau zur „kriegstüchtigen“ Gesellschaft bis 2030.



Auch der geistig-moralische Verfall unserer Gesellschaft ist unübersehbar, hier einige Schlagworte: Selbstbestimmungsgesetz, Frühsexualisierung, Debatte zur Straffreiheit von Abtreibungen, Gender.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Es braucht jetzt den Mut zur Umkehr, zur Wahrheit und zur geistlichen wie politischen Erneuerung. Gott wirkt Neues – aber erkennen wir es noch?

Vorschläge für eine verantwortungsbewusste, präventive Politik

Wichtig ist aus meiner Sicht, nicht nur für einen eingetretenen Notfall gerüstet zu sein, sondern durch eine vorsorgende Politik Notfälle und Krisen von vornherein zu vermeiden.

- Stärkung der Landwirtschaft als systemrelevanter Wirtschaftsbereich
- Förderung von landwirtschaftlicher Direktvermarktung (Hofläden, Hofladenautomaten, Wochenmärkte) – das ermöglicht eine lokale Produktion und Versorgung mit Lebensmitteln, selbst wenn Lieferketten zusammenbrechen
- Förderung einer flächendeckenden Versorgung mit Einzelhandel, Bäckereien und Metzgereien – statt Schließungen aufgrund von steigenden Energiekosten und EU-Hygieneauflagen
- Förderung von Handwerk/Dienstleistungen, auch im ländlichen Bereich
- Entwicklung von lokalen Produkt-Tauschbörsen
- Energie: Vorrang für Versorgungssicherheit, Netzstabilität, ausreichende Reservegrundlast
- Sicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung, auch auf dem Lande
- Stärkung und Ausbau der Katastrophenschutznetzwerke (THW, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Heimatschutz)
- Autarke soziale Strukturen wie Dorf- und Stadtteilgemeinschaften fördern, kommunale Selbstverwaltung auch finanziell stärken.

Biblische Impulse zur Vorbereitung und Bewältigung von Krisen

Nach dem prophetischen Reden Gottes zu Josef, mit dem er ihn auf die kommenden Ereignisse vorbereitet hatte, stellte der Hebräer das Land Ägypten vorsorglich auf Krisenwirtschaft um (1Mose 41). Noah bekam von Gott den Auftrag, eine Arche zu bauen, obwohl weit und breit kein Regen in Sicht war (1Mose 6).

Beides sind Situationen, wo allein aus dem Glauben heraus gehandelt wurde mit dem Ziel, das Unglück abzuwenden, das bei Nichtbeachtung folgen würde. Heute ist vieles sicht- und vorhersehbarer. Die entscheidende Frage für mich ist, ob wir als Nachfolger Jesu auf die Zukunft vorbereitet sind. Wo ist die Vorbereitung für uns auf die Zeiten, in die wir hineingehen?

Eine verantwortungsvolle christliche Politik muss sich am Wort Gottes, der Bibel, orientieren, aber auch offen sein für prophetische Impulse. Der Geist Gottes spricht und wirkt ständig, aber hören wir auch zu? Vorausschauende Politik muss reale Gefahren erkennen und frühzeitig warnen. Aber sie muss vor allem auch gangbare Lösungen und Wege aufzeigen, Hoffnung und Perspektive vermitteln. Mose führte Israel aus Ägypten (= Krise/Bedrängnis) heraus mit der Perspektive auf ein Land, in dem Milch und Honig fließen (= Versorgung/Überfluss).

Hoffnung und Perspektive sind allein im Glauben und im Vertrauen auf Jesus Christus zu finden. Deshalb sollte die Verkündigung des Evangeliums immer auch ein Teilaspekt christlicher Politik sein.

Eine politische Wende zum Guten ist auch heute noch – angesichts endzeitlicher Szenarien und Wehen – möglich, wenn Menschen zum Gott der Bibel umkehren. Inmitten des Aufbaus zunehmend antichristlicher Strukturen im globalen Maßstab kann es regional oder lokal zu gegenläufigen Aufbrüchen hin zu Gott kommen. Wenn die Finsternis immer dunkler wird, wird das Licht umso heller scheinen. Bis zum Ende dieser Weltzeit wird Gottes Segen an den Glauben an Jesus und an das Befolgen seiner Gebote gekoppelt sein.

Meine hoffnungsvolle Prognose für unser Land:

Inmitten von Krisen wird Gott etwas Neues schaffen: Wasserströme in der Einöde.

Martin
Brüggehofer

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



Niedersachsen

Bündnis C beim Kirchentag 2025 in Hannover

Im Folgenden möchte ich meine persönlichen Eindrücke beim Einsatz an unserem Stand auf dem Kirchentag in Hannover wiedergeben, wohl wissend, dass jeder von uns, der hier Dienst tun durfte, sicher ganz eigene Erlebnisse und Sichtweisen beizusteuern hat.

Schon bei unserer Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln am Freitag fiel mir die gelöste, familiäre Stimmung auf, die in den überfüllten Zügen herrschte. Christen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Großereignis - das ist ein Geschenk, dessen Wert wir in Europa vielleicht nicht immer ganz zu schätzen wissen.

Unser Stand befand sich nicht in der Halle, in der die anderen Parteien untergebracht waren, sondern in ziemlich günstiger Lage im Bereich der Missionsgesellschaften, gleich gegenüber einem der Eingangsbereiche. So passierten viele Besucher unseren Stand direkt nach Betreten der Halle und wurden auf unsere Angebote aufmerksam. Unter anderem hatten wir die Seitenwände mit vielen Fragebögen dekoriert, auf denen unsere Gäste ihre Gedanken zum Ausdruck bringen konnten zu Fragen wie: Was könnte eine neue Regierung tun, um Gelder einzusparen? Was erwartet ihr von einer neuen Regierung? Was kann getan werden, um den Kleinen und Schwachen eine Stimme zu geben?

Solche und ähnliche Fragestellungen dienten uns als Gesprächseinstieg. Wunderbar viele Besucher brachten dann auch ihre Meinungen und Anregungen zu Papier und – was noch viel wichtiger war – in den Dialog ein. Die meisten Gespräche verliefen gut, anregend und teil-

weise erstaunlich tiefgründig. Da war der Besucher, der uns zum Thema Israel ansprach und uns spannende Einblicke in seine Erfahrungen mit Israelis und deren Meinung zum derzeitigen Konflikt anbot. Da waren die jungen Leute, die wirkliches Interesse an unserer Partei zeigten und wie sehr ihnen an einem Wandel der Gesellschaft hin zu echten Werten und tragfähigen Familienkonzepten gelegen war. Da waren die vielen Besucher aus aller Herren Länder, die sich unsere Ziele und Beweggründe erläutern ließen und uns als Geschwister im Herrn Gebete und Segen anboten.

Auch schwierige Themen gab es immer wieder: Was war unsere Meinung zu Homosexualität und der Ehe für alle? Was dachten wir über die LGBTQ-Bewegung? Schnell wurde deutlich, dass es nur möglich ist, Menschen ins Nachdenken über Gott und seine guten Ordnungen mit hineinzunehmen, wenn man sich für solche Gespräche Zeit nimmt und sein Gegenüber nicht mit vermeintlicher geistlicher Überlegenheit zu überzeugen versucht. Nur im Austausch und mit echtem Interesse an den Blickwinkeln des Gesprächspartners kann hier die Grundlage für ein tiefes Verständnis der biblischen Wahrheiten gelegt werden. Und es war immer wieder ein Grund zur Freude, wenn sich zum Abschluss eines Gesprächs unser Gegenüber mit Dank für die wertschätzende und herzliche Atmosphäre verabschiedete.



Einem spontanen Einfall folgend, brachten wir etliche Bibelverse zu Papier und verschenkten sie als kleinen Segensgruß an jeden, mit dem wir an unserem Stand ins Gespräch kamen. Selbst diejenigen, die eher Skepsis und Zurückhaltung an den Tag legten, verließen uns so mit einem Lächeln und einem guten Gedanken im Gepäck.

Es war ein Segen, dass wir überhaupt auf dem Kirchentag vertreten sein durften. Gruppen wie ALfA e.V. oder KALEB e.V., die sich dem Lebensschutz verpflichtet haben, waren nicht zugelassen worden und versuchten daher, vor den Toren des Messegeländes auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Hier wurde sehr deutlich, dass auch innerhalb der Kirche das Wort Gottes längst nicht mehr den unumstrittenen Stellenwert hat, den es haben sollte. Stattdessen regiert häufig das Diktat von Mainstream und Lifestyle und es wird mit dem kokettiert, was gerade als politisch korrekt gilt. Umso dankbarer sind wir, dass wir diese Möglichkeit hatten, viele Gespräche zu führen und unsere Materialien zu verteilen. Wir haben, so denke ich, mit Gottes Hilfe das Beste draus gemacht. Nun bleibt uns nur noch, um den Segen Gottes für die Saat zu bitten: Es ist nicht so wichtig, wer pflanzt und wer begießt; wichtig ist allein Gott, der für das Wachstum sorgt (1Kor 3,7).

Gudrun Flindt

Stellvertretende
Kreisvorsitzende
Gifhorn-Peine



Für die Meinungsfreiheit stehen

Als erstes staune ich, wie Gott diesen Einsatz vorbereitet und möglich gemacht hat. Eigentlich waren wir zu spät mit der Anmeldung, bekamen aber später doch noch einen Stand. Wir sind durch die „Gesinnungsprüfung“ gekommen und hatten einen Platz in Halle 5, der nicht besser hätte sein können. Der Landesvorstand hat sich als zuverlässig erwiesen und voller Freude hinter den Einsatz gestellt. So waren wir in den drei Einsatztagen immer mit wenigstens drei Mitarbeitern

am Stand. Auch für den Auf- und Abbau konnte ich ohne große Mühe genug Mitarbeiter finden. Gelobt sei der Name unseres Herrn!

Die meisten Gespräche, die ich führen konnte, hatten einen stark informativen Charakter. Die meisten Besucher kannten Bündnis C überhaupt nicht, und somit war die erste Frage: Erzähl mal, für welche Politik steht Bündnis C? Im Allgemeinen war eine große Offenheit da, sich unsere Positionen anzuhören. Daran merkt man schon, dass das Publikum auf dem Kirchentag ein anderes ist als in der Fußgängerzone.

Die Gespräche wurden etwas emotionaler, wenn es um ethische Themen und um den Ukrainekrieg ging. Ein junger Mann fand die Idee, dass Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen hat, ziemlich absurd. Es gibt doch keine Unterschiede zwischen Mann und Frau außer den Geschlechtsteilen? Nachgefragt, ob er das wirklich so meint, kam er dann doch ins Schleudern.

Eine russische Frau artikuliert ihre Angst vor Putin und rechnet damit, dass Putin in drei Jahren an den Grenzen Deutschlands stehen werde. Meine Antwort, dass man nicht nur auf die NATO, sondern auch auf Gott vertrauen könne, klang für sie ziemlich abwegig.

Mit einem etwas älteren Mann sprachen wir über unsere Positionen zu Gender-Mainstreaming, Abtreibung und unser Verständnis der Ehe als einen Bund zwischen einem Mann und einer Frau. Seine Reaktion war: „Ich bin sehr ermutigt, dass Sie das so sagen. Ich bin eigentlich auch dieser Meinung, aber ich traue mich nicht mehr, das laut und offen in meinem Umfeld zu sagen.“ Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit in einem Land, in dem diese Freiheit als ein hohes Gut geschätzt und verteidigt wird. Wie bekomme ich das zusammen?

Emil Weigand

Landesschatzmeister
Niedersachsen



Bayern

Evangelischer Kirchentag auf dem Hesselberg (Mittelfranken)

„Gemeinsam für die Welt“ – unter diesem Motto stand der diesjährige Evangelische Kirchentag auf dem Hesselberg. Und wir waren wieder mit dabei! Einige Besucher erinnerten sich, dass wir auch im vergangenen Jahr vertreten waren. Diesmal waren wir zwar nur zu dritt, hatten aber eine große Auswahl an Werbematerialien im Gepäck.

Es kamen viele neue Interessierte an unseren Stand, und die Gespräche waren tiefgehend und bereichernd. Auch wenn wir insgesamt etwas weniger Materialien als im Vorjahr verteilen konnten, war unsere Präsenz ein voller Erfolg. Das Ergebnis hat uns dazu angeregt, ein erstes Resümee zu ziehen und darüber nachzudenken, wie wir unsere Schwerpunkte künftig noch gezielter setzen können. Diese Überlegungen werden derzeit im Landesvorstand diskutiert.

Eines steht jedoch schon fest: Auch im kommenden Jahr möchten wir wieder mit einem Stand auf dem Kirchentag vertreten sein.

Werbemittel

Unsere „Kreativabteilung Werbemittel“ war im Vorfeld des Kirchentags äußerst aktiv. Bereits seit dem vergangenen Jahr haben wir unser Sortiment kontinuierlich erweitert und ein einheitliches Layout entwickelt – so können wir gezielter und professioneller für unsere Anliegen werben. Folgende Werbemittel stehen aktuell zur Verfügung:

- Salztütchen – „Für mehr Würze in der Politik“
- Kugelschreiber
- Bleistifte
- Schlüsselanhänger mit Lampe
- Memostick-Klebezettel (weiß)
- Blaue Tragetaschen
- Mitgliedsantrag-Flyer im Bayern-Design

Die Materialien stoßen bei Veranstaltungen auf großes Interesse und kommen bei den Besuchern sehr gut an.

Kommunalwahlen 2026 in Bayern

Die Kommunalwahlen 2026 sind eine großartige Chance, Bündnis C auf kommunaler Ebene sichtbar zu machen und christliche Werte in die Politik vor Ort einzubringen. Deshalb planen verschiedene Mitglieder aus Bayern, sich für die Wahlen aufstellen zu lassen.

Gerade in der Kommunalpolitik wird konkret gestaltet – hier zählt jede Stimme, jede Idee, jede Person, die sich engagiert. **Ob für den Gemeinderat, den Stadtrat, den Kreistag oder sogar als Bürgermeisterin oder Landrat:** Es gibt viele Möglichkeiten, Verantwortung zu übernehmen.

Wichtig für uns ist, frühzeitig aktiv zu werden. Wir informieren uns über die Entwicklungen in der Gemeinde oder Stadt, beobachten politische Dynamiken und beginnen rechtzeitig mit den nötigen Vorbereitungen. Wer kandidieren möchte, sollte sich bereits jetzt darum kümmern, etwa Unterstützungsunterschriften zu organisieren oder Gespräche mit potenziellen Unterstützern zu führen. Bei Fragen hilft der Landesvorstand Bayern gerne.



Sachsen

**Programm Drei-Freistaaten-Treffen**

- 12.30 Uhr Brunch / Imbiss mit Kennenlernen
- 13.30 Uhr Andacht und Impulsvorträge zu 10 Jahren Bündnis C: Erlebnisse und Wünsche für die zukünftige Zusammenarbeit
- 14.30 Uhr Kaffee und Kuchen
- 15.00 Uhr Kleingruppen-Gespräche zu den verschiedenen Themen:
- Familienpolitik
 - Bildung
 - Wirtschaft
 - Umwelt-Klimapolitik
 - Migrationspolitik
 - und mehr ...
- 15.45 Uhr Präsentation der Ideen und Vorschläge für zukünftige Aktionen
- 16.15 Uhr Gebet und offizieller Abschluss
- 16.30 Uhr Filmangebot zu Israel: „Die Siedler“

Wir freuen uns über rege Teilnahme und erbitten Kuchen-spenden von den Teilnehmern.

Anmeldungen bitte bis zum 01.09.2025 bei
 Thomas Lamowski, Landesvorsitzender Sachsen
 thomas.lamowski@buendnis-c.de oder Tel. 0170 46 43 631

Solidarität mit Israel

Als bekannte Großstadt hat Leipzig einige evangelikale Gemeinden zu verzeichnen. Unsere Gemeinde kam in den Genuss eines Besuches von messianischen Juden sowie anderer Christen, die sich für Israel einsetzen. Diese Gelegenheit haben René Raunest und ich genutzt, um unseren Israel Flyer zu verteilen und damit auch den Bekanntheitsgrad von Bündnis C zu erhöhen. Von Vorteil war, dass René im Israel-Gebetskreis aktiv ist, der mehrere Veranstaltungen organisierte. Dadurch profitierte unsere Verteilaktion bei einer Veranstaltung in einer anderen Gemeinde davon, dass wir auch dort gut bekannt sind. Bei den Veranstaltungen ging es um Information, Gebet, prophetische Einordnung der Ereignisse und um Solidarität mit Israel.

Liebe Geschwister, bitte nutzt solche Möglichkeiten, damit Bündnis C bekannter wird, knüpft Kontakte und beteiligt euch! Lasst uns das auch bei anderen Themen tun. Material könnt ihr bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern.



*Thomas Lamowski
 Landesvorsitzender
 Sachsen*

Israel unterstützen statt kritisieren!

Bundeskanzler Merz und Außenminister Wadepful stimmen in die internationale Kritik an Israel ein, statt sich ihr entgegenzustellen. Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt in dem folgenden Brief die Verantwortung Deutschlands an, statt Israel in den Rücken zu fallen, die bedingungslose Freundschaft zum jüdischen Volk zu pflegen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,
sehr geehrter Herr Außenminister Wadepful,

Sie haben sich im Koalitionsvertrag zum Existenzrecht und der Sicherheit Israels als Staatsräson bekannt. Dafür danken wir Ihnen. Vor diesem Hintergrund sind Ihre Aussagen zu einer „Zwangssolidarität“ mit Israel und ggfs. Waffenlieferungen zu stoppen Verrat an Israel und Ihren eigenen Verpflichtungen.

Ja, die Bevölkerung in Gaza leidet. Dafür ist jedoch nicht Israel verantwortlich, sondern die Hamas, die diesen Krieg begonnen hat, die als Regierung für die Versorgung ihrer Bevölkerung zuständig ist (und nicht Israel oder die UN), und die das Leiden der Bevölkerung gegen Israel instrumentalisiert. Wir gehen davon aus, dass Sie als Bundesregierung verlässliche Informationsquellen haben über die Situation in Gaza und nicht der Anti-Israel-Propaganda der Hamas, arabischer und westlicher Medien folgen. Dass die Hamas ihre Leute bedroht, die nun an ihr vorbei gelieferten Lebensmittelhilfen nicht anzunehmen, ist einmal mehr Beleg für ihre menschenverachtende Herrschaft.

Ihre Forderung an Israel nach einem Waffenstillstand dient nicht der Bevölkerung in Gaza, sondern der Hamas, um ihre Terrorherrschaft zu stabilisieren. Ja, die Bevölkerung in Gaza leidet – genauso, wie die deutsche Bevölkerung am Ende des 2. Weltkrieges unter den Bombardierungen der Alliierten gelitten hat. Diese Zerstörung war Gericht dafür, dass Deutschland Tod und Zerstörung über Europa und darüber hinaus gebracht hat, und vor allem für den Holocaust am jüdischen Volk. Ohne diese Zerstörung im eigenen Land hätte Deutschland nicht kapituliert, und zwar nicht nur die Wehrmacht. Die vollständige Kapitulation Deutschlands war die Voraussetzung für das Ende des Krieges, für Umkehr und Reeducation von der Naziideologie, der die Mehrheit der Deutschen kollektiv gefolgt war, und für Hilfe der Alliierten beim Wiederaufbau des Landes mit einem Marshallplan. Auch die Vertreibung

der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten war direktes Ergebnis der deutschen Aggression. Und niemand würde heute verlangen, dass die Vertriebenen in die polnischen Gebiete zurückkehren können.

Eine vergleichbare Situation haben wir in Gaza. Die Zerstörung des Gazastreifens ist direktes Ergebnis nicht nur der Aggression der Hamas gegen Israel, sondern der kollektiven Ideologie der Mehrheit der Bevölkerung, die Israel vernichten will. Und das nicht erst seit dem 7. Oktober 2023, sondern seit Israel sich 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat. Wenn seit einigen Wochen erste Proteste der Bevölkerung gegen die Hamas aufstehen, so ist das zweifellos auch ein Ergebnis dieser Zerstörung und des Elends, das die Bevölkerung erlebt. Wie am Ende des 2. Weltkrieges in Deutschland, ist auch in Gaza die Kapitulation nicht nur der Hamas, sondern der Bevölkerung und deren Umkehr von ihrer tödlichen Ideologie die Voraussetzung für Frieden und einen Wiederaufbau. Keiner der Alliierten wäre am Ende des 2. Weltkrieges vor seiner Kapitulation auf die Idee gekommen, Deutschland in irgendeiner Weise zu helfen. **Wir fordern Sie auf, sämtliche Hilfen für den Gazastreifen an die vollständige Kapitulation der Hamas zu binden**, und nicht weiter Geld auszuschütten, das von ihr unterschlagen wird, um ihre Terrorstrukturen wiederherzustellen.

Nicht nur die Bevölkerung in Gaza leidet. Wir sehen dieses Leiden und Zerstörung überall um Israel herum in den Ländern, die Israel feindlich gesinnt sind: in Gaza, im Libanon, in Syrien, im Iran, im Jemen. **Die Botschaft unserer Regierung an diese Völker muss lauten: Legt eure Feindschaft gegen Israel ab, damit euer Land Heilung und Frieden erfährt!** Wer sich an Israel vergreift, verbrennt sich die Finger. Ihr legt euch mit dem auserwählten Volk Gottes an, über das der Gott der Bibel seine Hand hält (1Mose 12,3).

Und das gilt zuerst für Deutschland, wo wir um Gottes Willen nicht noch einmal Fluch, sondern Segen für Israel sein sollen. Die Haltung Deutschlands zu Israel hat nicht nur Auswirkungen auf Israel, sondern direkt auf das Wohl oder Wehe unseres Landes. Deutschland ist nicht zuerst der EU, der UN oder internationalen Gerichten verpflichtet, sondern Israel und dem Gott Israels. **Es ist Deutschlands Verantwortung, im internationalen Gegenwind Sprecher für Israel in Europa und der Welt zu sein.** Das ist unsere histori-

sche Verpflichtung seit dem Holocaust, die Bestand hat, egal was die israelische Regierung tut. Wir müssen Sie an dieser Stelle sicher nicht darüber informieren, dass die IDF die humanste Armee der Welt ist und darauf trainiert, jeden Menschen als ein Geschöpf Gottes und sein Ebenbild zu behandeln. Die christlichen Nationen Europas haben hingegen eine 1700 Jahre währende Geschichte der Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung der Juden bis zum Holocaust zu verantworten. **Es ist heute die Pflicht Deutschlands und Europas, gemeinsam für die Sicherheit des Staates Israel einzustehen – dem weltweit einzigen Zufluchtsort der Juden**, der willens und fähig ist, Juden zu schützen, und das erst recht, weil sie in unseren eigenen Ländern wieder bedroht werden.

Wir lesen in der Bibel in Joel 4,2, dass sich eines Tages alle Nationen gegen Israel versammeln werden. Davon erleben wir die Anfänge, verstärkt nach dem 7. Oktober 2023, seit dem statt Entsetzen über die Gräueltaten der Hamas Wellen des Judenhasses über die ganze Welt fluten. Es heißt weiter in Joel 4, dass Gott mit diesen Nationen ins Gericht gehen wird. **Wir warnen Sie als Bundesregierung davor, mit ihrer Kritik und Sanktionen gegen Israel Deutschland und die EU unter Gericht zu bringen.** Besonders für Deutschland steht sein Fall auf dem Spiel. Unsere Erholung aus den aktuellen Krisen wird maßgeblich davon abhängen, ob Sie Israel segnen und an seiner Seite stehen. **Warnen Sie die EU, die UN und die internationalen Gerichte: Es ist nicht an uns als Nationen, Israel zu richten, sondern der Gott Israels wird uns als Nationen richten!** Hören Sie auf, Israel zu verurteilen nach unseren menschengemachten Maßstäben. Es ist das Volk Israel, denen Gott das Gesetz gegeben hat, das über unseren Gesetzen steht. Genau dafür wird es von der Welt bekämpft – und das ist offensichtlich ein Kampf gegen Gott selbst und dagegen, Seine Maßstäbe von Gut und Böse zu akzeptieren.

Opfer wie die Bevölkerung in Gaza sind nicht automatisch unschuldig und die Guten, so wie die deutsche Bevölkerung unter der Naziherrschaft mehrheitlich nicht unschuldig war, sondern Hitler gefolgt ist. Die Hamas agiert in demselben tödlichen Geist, der die Juden auslöschen will, und die große Mehrheit der Bevölkerung in Gaza folgt ihr darin. **So hart das Leiden mit anzusehen ist: Lassen Sie sich davon nicht verführen!** Wer kümmert sich um das Leiden der Israelis, um die gefallenen und verwundeten Soldaten, die Witwen und Waisen, dass Kinder bis zu drei Mal nachts aus dem Bett gerissen und in Bunker gebracht werden müssen vor

Raketenbeschuss? Um die Ermüdung nach mehr als 600 Tagen Krieg, um die Geiseln, von denen Israel nicht eine einzige aufgibt, um den Schmerz, dass die „internationale Gemeinschaft“ der Hamas-Propaganda huldigt und Israel dämonisiert? Warum kümmert sich das Internationale Rote Kreuz nicht um die Geiseln? Warum erwähnt niemand mehr den 7. Oktober und die Massaker der Hamas? War der Überfall Deutschlands auf Polen 1939 vergessen, als die Alliierten die Wehrmacht zurücktrieben und Deutschland bombardierten? Wieso diese Doppelstandards gegen Israel und die feige Toleranz gegen die Hamas? Geht es wieder – wie schon so oft – gegen die Juden?

Hören Sie auf, Israel Vorschriften zu machen, was es lassen soll, sondern leisten Sie proaktive Hilfe! Niemand außer Israel wird die Hamas besiegen. Wer Israel an diesem Sieg hindert, setzt die weitere Existenz des jüdischen Staates aufs Spiel. **Stellen Sie sich gegen alle Bestrebungen in der EU und der UN, einen nichtexistenten Staat Palästina anzuerkennen. Streichen Sie die Zwei-Staaten-Lösung aus dem Koalitionsvertrag**, sie wird nach über 30 Jahren Scheitern nicht realistischer. Oder soll im Westjordanland ein weiterer Terrorhort gegen Israel entstehen, wie seit seinem Rückzug 2005 im Gazastreifen? Wollen Sie verantwortlich sein für ein judenreines Judäa und Samaria, für die Zerstörung des Lebens von über 500 000 friedlichen Siedlern, die das Land fruchtbar gemacht haben? Judäa und Samaria sind jüdisches Kernland und stehen nicht zur Disposition! Wenn Deutschland und die EU aufhören, mit ihren Forderungen nach zwei Staaten die Feindschaft gegen Israel anzuzüchten, können Araber und Juden auch westlich des Jordan friedlich zusammenleben.

Statt Waffenlieferungen an Israel zur Disposition zu stellen, benennen Sie bitte täglich den Grund für diesen Krieg: die Hamas und ihr seit 2005 währender Terror gegen Israel, ihr erklärtes Ziel, den jüdischen Staat auszulöschen, ihr barbarischer Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023, ihr Kalkül, dass die alternativlose Reaktion Israels darauf die Welt gegen Israel aufmarschieren lässt. **Lassen Sie die Hamas nicht gewinnen!** Deutschland muss genau jetzt den Unterschied machen: Sie, die amtierende Bundesregierung, gegen den Rest der Welt, als Freund und Verteidiger Israels.

Hochachtungsvoll,

Der Bundesvorstand von Bündnis C – Christen für Deutschland

10.06.2025

Israel kämpft für Frieden im Nahen Osten und für die Freiheit des iranischen Volkes

Nach wiederholten Warnungen hat Israel letzte Woche einen Präzisionsangriff auf Atomanlagen, militärische Objekte und das radikal-islamische Regime im Iran gestartet. Dabei wurden bisher etwa 20 führende Köpfe der iranischen Armee, der Revolutionsgarden, der Luftwaffe und des Geheimdienstes ausgeschaltet. Die Gegenangriffe aus dem Iran sind für Israel schmerzhaft, bezeugen aber erneut den Schutz Gottes über Seinem Volk. Israel ist dabei, das iranische Volk und den Nahen Osten von einem mörderischen Regime zu befreien, das niemals eine Atombombe in die Hände bekommen darf.

Wir trauern um die zivilen Opfer auf beiden Seiten und stehen mit Israel und dem iranischen Volk zusammen gegen das repressive Mullah-Regime in Teheran. Die israelische Führung hat wiederholt gewarnt, dass sie eine iranische Atombombe verhindern werde. Der Iran antwortet auf den Präventivschlag Israels mit Raketenangriffen auf die israelische Zivilbevölkerung, denen bislang 24 Menschen zum Opfer gefallen sind und etwa 400 Verletzte.

Israels Angriffe auf die Atomanlagen des Iran, Abschussrampen für Langstreckenraketen und das islamistische Regime forcieren keine Eskalation in der Region, wie Bundesaußenminister Wadepful in Riad äußerte und Bundeskanzler Merz beide Seiten zur Deeskalation aufrief, sondern der Präventivschlag verhindert eine schlimmstmögliche nukleare Eskalation durch den Iran, die auch Europa gefährden würde. Israel erledigt damit die Arbeit, die westliche Mächte ablehnen und sich stattdessen seit 10 Jahren an dem gescheiterten Atomabkommen aufhalten. Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten als Partner des Atomdeals die Chance, vor dem Auslaufen des Abkommens im Oktober 2025 den Snapback-Mechanismus auszurufen und damit die Wiedereinsetzung sämtlicher UN-Sanktionen. Angesichts ihrer Tatenlosigkeit erfolgte der Angriff, nachdem auch die letzten Nukleargespräche der USA mit dem Mullah-Regime ergebnislos verliefen und der Iran kurz davorsteht, eine Atombombe herzustellen. Wenn deutsche Unternehmen jetzt aufgrund des Krieges im Iran Einbußen erleiden, so ist dies das direkte Ergebnis der Appeasement-Politik



gegenüber Teheran, mit der Deutschland als größter EU-Handelspartner des Iran mit kurzfristigen Wirtschaftsinteressen das Atomprogramm mitfinanziert statt verhindert hat.

Der aktuelle Präventivschlag gegen den Iran wurde „Operation Rising Lion“ genannt mit Bezug auf die Prophezeiung Bileams über Israel: „Siehe, das Volk wird aufstehen wie ein junger Löwe und wird sich erheben wie ein Löwe“ (4. Mose 23,24). Israels Reaktion auf den Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 hat die Hamas stark geschwächt, die Hisbollah gelähmt und enthauptet, und in Syrien ist die „Achse des Widerstands“ mit dem Sturz des Assad-Regimes eingebrochen. Nun geht es um den Kopf der Schlange, der der Urheber aller Bedrohungen und Angriffe gegen Israel ist und seit der Machtübernahme des Mullah-Regimes verkündet, Israel von der Landkarte tilgen zu wollen. Dem ist Israel im entscheidenden Moment zugekommen und hat nun die Lufthoheit über den Iran.

Damit verteidigt Israel nicht nur sein eigenes Land, sondern gibt der iranischen Bevölkerung Hoffnung und Mut, dass das islamistische Regime fällt und das Land in Freiheit von dessen brutaler Unterdrückung kommt – zum Besten für den Iran und zum Frieden für den gesamten Nahen Osten. Unterdessen haben iranische Oppositionsführer das islamische Regime zum Rücktritt aufgefordert. Oppositionsführer Reza Pahlavi forderte das Militär, die Polizei und die Sicherheitskräfte auf, sich von dem Regime zu lösen und sich dem Volk anzuschließen. Er appellierte an die internationale Ge-

meinschaft, dem sterbenden Terrorregime keine weiteren Hilfen zukommen zu lassen.

Der Präventivschlag Israels gegen den Iran hat zur Absage der ab heute in New York geplanten UN-Konferenz unter der Leitung von Frankreich und Saudi-Arabien geführt, die eine Zweistaatenlösung vorantreiben und Druck auf die Mitgliedsstaaten ausüben sollte, die palästinensischen Gebiete als Staat anzuerkennen. Israel hat sich geweigert, an der Konferenz teilzunehmen und die USA warnten die Regierungen in aller Welt vor antiisraelischen Aktionen.

In den oben erwähnten Prophezeiungen Bileams über Israel heißt es weiter: „Gesegnet sei, wer dich segnet,

und verflucht, wer dich verflucht!“ (4. Mose 24,9) Diese Stelle ist Aufforderung an uns, die deutsche, europäische und internationale Politik, uns klar an die Seite des jüdischen Volkes zu stellen. Statt mit zwei Staaten, die weder Israel noch die Palästinenser wollen, jüdisches Land zu teilen, sind wir als Nationen gerufen, Israel in seinem Kampf gegen das Böse zu segnen und zu unterstützen: gegen das iranische Regime, gegen die Hamas und die palästinensischen Behörden, die sie unterstützen, gegen alle Kräfte im Nahen Osten und weltweit, die Israel bedrohen. Der Gott Israels ist Richter über uns als Nationen und Israels Schutz und Schild.

Pressemitteilung 17.06.2025

Die Würde des Menschen ist unantastbar: Erst recht für eine zukünftige Verfassungsrichterin!

Nach der abgesetzten Wahl der Bundesverfassungsrichter im Bundestag am 11. Juli 2025 geht die Diskussion um die Rechtsprofessorin Frauke Brosius-Gersdorf weiter. Recherchen zahlreicher Medien und Juraprofessoren haben die Veröffentlichungen von Frau Brosius-Gersdorf unter die Lupe genommen und weitere Positionen und Stellungnahmen gefunden, die fundamentale Artikel des Grundgesetzes in Frage stellen, das sie als Verfassungsrichterin nicht umschreiben, sondern danach Recht sprechen soll. Wir fordern die CDU-Fraktion auf, gegenüber der SPD eine klare Position zu den christlichen Grundlagen des Grundgesetzes zu beziehen und die unveräußerlichen Grundrechte zu schützen.

So sprach sich Brosius-Gersdorf mehrfach gegen das Verständnis von Familie aus, wie es in Art. 6 des Grundgesetzes unter dem besonderen Schutz des Staates steht. Die Juraprofessorin definiert die Ehe als Beistands- und Verantwortungsgemeinschaft von mindestens zwei Personen und hält somit Polygamie mit dem Grundgesetz vereinbar. Co-Mutterschaft und Co-Vaterschaft, Eizellspende und Leihmutterschaft sollen dazu legalisiert werden, Ehegattensplitting, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern und die Witwenrente hingegen abgeschafft. Eltern sollen Anspruch auf Ganztagsbetreuung des Kindes ab Geburt haben.

Brosius-Gersdorf befürwortete eine Corona-Impfpflicht und den Entzug der Grundrechte für Impfverweigerer,

ungeachtet des Rechts auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 GG, das mit den bedingt zugelassenen Impfstoffen niemand gewährleisten konnte. Sie plädierte für die Aufhebung des Kopftuchverbots im öffentlichen Dienst, was mit dem Gebot weltanschaulicher Neutralität des Staates kollidiert.

Was den Protest breiter Bevölkerungsgruppen gegen ihre Wahl zur Verfassungsrichterin vor allem auslöste, ist ihre Position zur Menschenwürde und dem Lebensrecht ungeborener Kinder. Die bisherige Rechtsprechung des BVerfG, dass, wo menschliches Leben existiert, ihm Menschenwürde zukommt, bezeichnet sie in einer ihrer Schriften als biologisch-naturalistischen Fehlschluss. Hintergrund dieser Konstruktion ist für Abtreibungsbefürworter das Dilemma gleicher Menschenwürde von Mutter und Kind im Schwangerschaftskonflikt, den Brosius-Gersdorf damit auflösen will, dass sie dem Embryo eine abgestufte Menschenwürde zuordnet und damit sein Lebensrecht gegenüber der Mutter relativiert. Damit steht sie in eklatantem Widerspruch zu den beiden grundlegenden Artikeln des Grundgesetzes, das sie als Verfassungsrichterin schützen soll:

Art. 1 I: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art. 2 II 1: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.



Brosius-Gersdorf schrieb 2024 im Abschlussbericht der von der Ampel-Regierung eingesetzten Kommission zu § 218: „Es gibt gute Gründe dafür, dass die Menschenwürdegarantie erst ab Geburt gilt.“ Damit unterfütterte sie ihr Plädoyer für die Legalisierung von Abtreibungen in der Frühphase der Schwangerschaft. Und tatsächlich ist, wie sie ausführt, der Konflikt zwischen dem Grundrecht des Embryos auf Leben und Rechten der Mutter ansonsten schwer auflösbar. Genau deshalb stand für die Mütter und Väter des Grundgesetzes über Artikel 2 das Gebot Gottes „Du sollst nicht töten“, das maximal dann einer Güterabwägung unterzogen werden kann, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Selbstbestimmung ist hingegen kein Grundrecht, sondern unterliegt der Verantwortung vor Gott und den Menschen, unter der in der Präambel das gesamte Grundgesetz steht. Wir sind nicht autonom geschaffen, sondern als Beziehungswesen und somit Gott und unseren Mitmenschen – in dem Fall für das Kind – verantwortlich.

Die Proteste gegen Brosius-Gersdorf richteten sich dann auch vor allem an die Abgeordneten von CDU/CSU, diese Verantwortung wahrzunehmen und ihr ihre Stimme als Verfassungsrichterin zu verweigern. CDU/CSU stehen als Partei auf dem Fundament der christlichen Ethik, die jedem Menschenleben als Geschöpf Gottes die gleiche, unveräußerliche Würde beimisst. Besonders schockiert waren viele CDU-Wähler von Bundeskanzler Merz' Ja auf die Frage der AfD-Abgeordneten von Storch in der Debatte, ob er diese Kandidatin für das BVG mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Man kann ihm zugutehalten, dass er sich mit der Frage nicht vorführen lassen und sich zurecht einer Gewissenserforschung durch die AfD verweigern

wollte. Das hätte er dann aber besser so erklärt und zurückgewiesen, statt sich in einer hochbrisanten Sachfrage mit einer völlig unakzeptablen Antwort buchstäblich um Kopf, Kragen und Gewissen zu reden.

Das Gewissen vieler CDU-Abgeordneter wurde durch die Medienrecherchen und die Proteste aus der Bevölkerung jedenfalls geweckt und die Wahl verschoben. Als Begründung dafür mussten plötzlich aufgetauchte Plagiatsvorwürfe gegen Brosius-Gersdorf erhalten, die sich als nicht stichhaltig erwiesen, statt ihre Eignung als Verfassungsrichterin aufgrund ihrer ideologischen Verfassung in Frage zu stellen:

Mit der Uminterpretation fundamentaler Aussagen des Grundgesetzes stellt Brosius-Gersdorf ihre politischen Überzeugungen über das Gesetz. Damit würde durch ihre Person für und durch das BVG massiver Schaden für die Gewaltenteilung entstehen. Das BVG ist nicht Gesetzgeber, sondern soll Gesetze der Legislative auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz prüfen. Mit der Relativierung der Menschenwürde würde ein Grundpfeiler des Rechtsstaates zerbrochen – mit unabsehbaren Folgen für Recht, Freiheit und Gewissen in unserer Gesellschaft.

In dieser Frage darf es keine Kompromisse und Zugeständnisse an die SPD geben. Man kann der SPD dankbar sein, dass sie mit der Causa Brosius-Gersdorf fundamentale Fragen des forcierten, neomarxistischen Kulturwandels ungewollt in die öffentliche Diskussion brachte und zahlreiche Medien sie aufgegriffen haben. Das ist kein „rechter Mob“, wie SPD-Fraktionschef Miersch polterte, und auch nicht aus dem Ausland gesteuert, wie Grünen-Politiker Notz mutmaßte, sondern eine relative Mehrheit der Deutschen verneint laut einer INSA-Umfrage, dass die Menschenwürde erst ab der Geburt gilt. Die Bruchstelle der Koalition entlang fundamental gegensätzlicher Menschen- und Weltbilder, Ziele und Werte von CDU und SPD war vorgezeichnet und hat jetzt eine offene Kerbe bekommen. Es ist an der Fraktionsführung der CDU, über die Sommerpause dazu eine klare Position zu beziehen. Dabei zeigt sich einmal mehr, dass die Christdemokraten ultimativ herausgefordert sind, ihr christliches Fundament zu stärken, um als Regierungspartei weiteren Schaden von unserem Land abzuwenden. Eine Regierungskoalition, die weiter die Fundamente unserer freiheitlichen Ordnung beschädigt, wird genauso scheitern wie die Ampel-Regierung. Wenn die SPD weiter mitregieren will, wird sie ihre Kandidatin zurückziehen.

Karin Heepen
Bundesvorsitzende

Verantwortung vor Gott und den Menschen – Für ein gutes Leben

Unter diesem Motto fand vom 5. bis zum 7. Juni 2025 die 29. Internationale Begegnung in Berlin – das deutsche Nationale Gebetsfrühstück – statt. 300 Menschen aus über 40 Nationen beteten, diskutierten, sangen zusammen und teilten die Gemeinschaft im Glauben, die uns in Politik und Kirchen stärkt und leitet.

Angesichts der multiplen Krisen in Europa und weltweit war das Leitmotiv Anstoß für mehrere Redner, zu erklären, was aus unserer christlichen Perspektive ein gutes, erfülltes Leben ist, für das Politiker arbeiten, und wovon sie sich darin leiten lassen sollten. Über materiellen Wohlstand hinaus brauchen unsere Gesellschaften Freude, Hoffnung, Kraft und Gemeinschaft, und sogar die Gewissheit auf ein zukünftiges Leben, wo bisherige Sicherheiten und Wohlstand jetzt in Frage stehen. In diesem Geiste war die Gemeinschaft der Tage in Berlin geprägt, zusammen mit maßgeblichen Politikern aus der deutschen Bundes- und Landespolitik und vielen internationalen Freunden und Verantwortungsträgern.



Kreuz im Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion

Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner wurde die Tagung im Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion eröffnet. In ihrer engagierten Rede stellte sie zentrale Fragen unseres Lebens und des Wirkens der Politik. Sie betonte die herausragende Bedeutung von wertorientiertem Glauben und Handeln in unserer Zeit und unterstrich, wie wichtig ihr persönlich der Gottesbezug in der Präambel des deutschen Grundgesetzes ist: Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Das am meisten präzente Thema der Tage war Frieden. Es wurde nicht nur diskutiert, sondern bei den Begegnungen stand das Gebet für den Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten im Mittelpunkt.

Die Internationale Berliner Begegnung strahlte eine sehr persönliche Atmosphäre aus, weniger politisch, mehr als Glaubensfamilie. Das ist für deutsche Gewohnheiten erstaunlich und wert, den Kontakt zur Stiftung Initiative Verantwortung zu suchen.

Ein langjähriger Freund und Begleiter der Stiftung, Thomas Rachel, MdB und ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär, wurde nach der Tagung neuer Beauftragter der deutschen Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Um diese Stelle ist seit dem Antritt der neuen Bundesregierung gerungen worden. Wir wünschen Herrn Rachel Gottes Segen für diese Arbeit und freuen uns auf einen verlässlichen Ansprechpartner für unser gemeinsames Anliegen der Religions- und Gewissensfreiheit in Deutschland und weltweit.



Karin Heepen

Bundenvorsitzende
Bündnis C

Migrationspolitik: Bedürftige schützen und Missbrauch beenden

Als ehemaliger Geflüchteter aus dem Iran, Konvertit vom Islam zum Christentum und heutiger Pastor einer deutsch-persischen Gemeinde in Bayern, habe ich sowohl das System von innen erlebt als auch viele Einzelschicksale begleitet. Aus dieser Perspektive heraus sehe ich in der aktuellen Migrationspraxis einige kritische Punkte – aber auch konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung.

Kritikpunkte

1. Ungleichbehandlung bei Asylentscheidungen (insbesondere Iran)

Trotz dokumentierter Menschenrechtsverletzungen werden zahlreiche Asylanträge aus dem Iran abgelehnt – darunter auch von zum Christentum konvertierten Menschen, die bei Rückkehr echte Verfolgung riskieren. Die BAMF-Entscheidungen erscheinen in vielen Fällen kulturell unsensibel und schwer nachvollziehbar.

2. Misstrauen gegenüber Konversionen

Viele Behörden gehen pauschal davon aus, dass christliche Konvertiten aus dem islamischen Raum „nur wegen der Aufenthaltchance“ ihren Glauben gewechselt hätten. Der geistliche Ernst dieser Entscheidung wird kaum geprüft – obwohl eine Konversion im Iran mit hohem persönlichem Risiko verbunden ist.

Es fehlt zudem an strukturierter rechtlicher und psychologischer Unterstützung für Konvertiten. Anhörungen verlaufen oft oberflächlich. Viele Betroffene sind traumatisiert oder sprachlich überfordert – und gelten daher fälschlich als „unglaublich“.

3. Rechtsunsicherheit trotz erfolgreicher Integration

Viele gut integrierte Geflüchtete – mit Sprachkenntnissen, Arbeitsplätzen, Ehrenamt und Gemeindebindung – leben jahrelang in Unsicherheit. Sie erhalten keinen festen Aufenthalt, obwohl sie längst Teil dieser Gesellschaft geworden sind. Das ist demotivierend – für Betroffene wie für Helfer.



4. Abschiebungen trotz fehlender Rückkehrsicherheit

Für Länder wie den Iran gibt es keine verlässlichen Rückführungsabkommen oder Garantien. Dennoch wird massiver Ausreisedruck aufgebaut – obwohl aktuell nicht einmal reguläre Flüge möglich sind. Diese Praxis ist weder human noch rechtlich haltbar.

Aktuelle Herausforderungen und strukturelle Schwächen

1. Symbolpolitik bei Grenzkontrollen – keine langfristige Lösung

Verstärkte Grenzkontrollen zeigen Handlungsbereitschaft, lösen aber keine Ursachen. Ohne umfassende Systemreform sind sie nur kurzfristige Symbolpolitik.

2. Strukturelle Schwächen im deutschen Asylsystem

- **Rechtsunsicherheit und Intransparenz:** Komplexe Verfahren ohne klare Kommunikation verunsichern die Menschen.

- **Langwierige Verfahren:** Viele warten 4–5 Jahre auf eine Entscheidung – das führt zu psychischer Belastung, Frust und Passivität.

- **Uneinheitlichkeit zwischen Bundesländern:** Unterschiedliche Praxis je nach Wohnort ist ungerecht.

- **Fehlendes kulturelles Verständnis:** Tiefergehende religiöse oder gesellschaftliche Entwicklungen werden kaum erfasst.

3. Zu lange Asylverfahren – und falsche Anreize durch Sozialhilfe

Viele Geflüchtete kommen nach Deutschland mit dem Wunsch, neu anzufangen, zu arbeiten und sich ein Leben aufzubauen. Doch die jahrelange Unsicherheit im Asylverfahren – kombiniert mit dauerhafter Sozialhilfe – wirkt demotivierend und erzeugt Abhängigkeit.

Vorschlag:

- Sozialleistungen (Asylbewerberleistungen) sollen maximal 12 Monate gewährt werden. Danach muss – wie in den USA oder Kanada – eine verpflichtende Integration in Arbeit erfolgen.
- Wer arbeitsfähig ist, soll arbeiten dürfen – aber nur bei Vorlage gültiger Papiere. Wer keine Identität nachweist, muss ausreisen.

4. Abschaffung von „Duldung“ – stattdessen klare Entscheidungen

Der Duldungsstatus führt bei vielen Geflüchteten zu jahrelanger Unsicherheit, ohne echte Perspektive.

Vorschlag:

- „Duldung“ abschaffen und durch **klare Verfahren mit Fristen** ersetzen.
- Wer bleiben darf, soll arbeiten und sich integrieren können.
- Wer nicht bleiben darf, muss konsequent zurückgeführt werden – aber mit Fairness und Transparenz.

Reformvorschläge zur Steuerung und Glaubwürdigkeit des Asylsystems

1. Einbürgerung frühestens nach 15 Jahren

Einige Geflüchtete nutzen das Asylsystem zur schnellen Einbürgerung und reisen später sogar in ihr Herkunftsland zurück.

Vorschlag: Einbürgerung erst nach 15 Jahren – gekoppelt an nachgewiesene Integration, Arbeitsleistung und Gesetzestreue.

2. Asylverfahren nur mit gültigem Pass oder glaubwürdigem Identitätsnachweis

Ohne verlässliche Identität kann kein faires Verfahren stattfinden. Wer ohne Papiere kommt, muss innerhalb

einer Frist glaubhafte Nachweise für seine Identität und Herkunft beibringen. Sonst erfolgt ein gesondertes Verfahren zur Klärung der Identität und gegebenenfalls Rückführung, sobald möglich.

3. Reform der Flüchtlingspapiere (blauer/grauer Pass)

Flüchtlingsausweise sollten abgeschafft und durch Einträge im Nationalpass ersetzt werden (ähnlich einem Visum). Bei Rückreise ins Heimatland erfolgt automatisch die Aberkennung des Schutzstatus.

4. Automatischer Schutzverlust bei freiwilliger Rückkehr

Wer freiwillig in das Land reist, aus dem er angeblich geflohen ist – z. B. für Urlaub – verliert seinen Schutz. Der Aufenthaltstitel wird widerrufen und die Person muss Deutschland verlassen.

5. Kirchliche Strukturen als glaubwürdige Zeugen einbeziehen

Kirchen – besonders Migrantengemeinden – haben tiefen Einblick in Lebensrealitäten von Geflüchteten. Ihre Einschätzungen zu Konversionen sollten formell in BAMF-Verfahren berücksichtigt werden.

Fazit

Eine glaubwürdige Migrationspolitik braucht beides: **echten Schutz für die Schwachen und klare Grenzen für Missbrauch.**

Wir brauchen Rechtssicherheit, Integrationsanerkennung, kulturelle Sensibilität und politisch klare Linien. Es geht nicht um Härte, sondern um Ordnung, Wahrheit und Verantwortung.

Ich hoffe, dass diese Beobachtungen und Vorschläge – aus Sicht eines Betroffenen, Geistlichen und Begleiters vieler Geflüchteter – Gehör finden und helfen, ein gerechteres, menschlicheres und zukunftsfähiges System zu gestalten. Mit Respekt und Verantwortung,



Drogen mit 12 und Cannabis ab 60

Wie sich die Gesundheitspolitik in den letzten zehn Jahren verändert hat

Der christliche Ursprung unseres Gesundheitssystems

Auf dem Kirchentag in Wittenberg am 22. September 1848 begann die Geschichte der Diakonie als kirchliches Werk. Damals hielt der Hamburger Theologe Johann Heinrich Wichern eine Rede gegen soziale Not und Armut, die seine Zuhörer emotional ergriff und eine Helferbewegung auslöste. Im Jahr 1833 hatte er zunächst das „Rauhe Haus“ gegründet, eine Rettungsanstalt für Kinder in Hamburg, in der er verwahrlosten und schwer erziehbaren Kindern und Jugendlichen ein Zuhause gab. Unmittelbar nach dem Kirchentag wurde ein „Zentralausschuss für die Innere Mission“ gegründet. Hieraus entstand der heutige, weitverzweigte Sozialverband der Diakonie. Es ging um gelebte Nächstenliebe. Eine der bekanntesten biblischen Geschichten war und ist das Gleichnis Jesu vom barmherzigen Samariter. Bis heute motiviert das

Gleichnis Menschen, sich sozial und im Gesundheitswesen zu engagieren.

Fehlentscheidungen der letzten zehn Jahre

Gehen wir zehn Jahre zurück. 2015 begann für Deutschlands gesetzliche Krankenkassen der „Wettbewerb“ der Beitragssätze. Individuell vom Versicherer gestaltete Zusatzbeiträge sollten, so der implizite Wille des Gesetzgebers, Trennlinien zwischen „billiger“ und „teurer“ ziehen. Im Jahr 2025 wissen wir, dass der Wettbewerb der Beitragssätze in den letzten zehn Jahren die Probleme im Gesundheitswesen nicht lösen konnte. Heute stehen wir vor der Herausforderung, dass die Gesundheitskosten gedeckelt und staatlich subventioniert werden müssen. Eine Problemlösung wird weiterhin dringend gesucht.

Der Deutsche Bundestag hat am 11. Juni 2015 das Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Versorgungsstärkungsgesetz) verabschiedet. Der damalige Gesundheitsminister Hermann Gröhe wollte die Patientenrechte durch sogenannte Terminservicestellen stärken und sah große Chancen in der Schaffung von medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Heute wissen wir, dass imposante Namen von Gesetzen und die oft dahinterstehende Hilflosigkeit der Politik keine Probleme lösen.

Schäden durch Drogen

Sorgen bereitet, dass die Probleme aus dem Jahr 1833 zurückkehren und wir wieder verwahrlosten und schwer erziehbaren Kindern und Jugendlichen in Deutschland helfen müssen. In einem Artikel im Hamburger Abendblatt vom 28.06.2025 über die Station 14B im Psychiatrischen Zentrum der Inneren Mission in Rickling wird berichtet, dass Drogen ab zwölf Jahren mittlerweile leider real vorkommen. Das Universitätskrankenhaus Hamburg hat eine ähnliche Station zur Behandlung von Suchtkranken unter 21 Jahren. Heute würden meist mehrere Suchtmittel parallel konsumiert und stehen für den Einstieg immer kostengünstiger zur Verfügung. Genannt werden Alkohol, Cannabis, Speed, Kokain und Benzodiazepine, die für die Therapie von Angstzuständen eingesetzt werden.





Aus unserer Erfahrung aus der Berufsbetreuung wissen wir, dass auch die Legalisierung von Cannabis bei Personen mit schweren Depressionen, die durch persönliche Lebenskrisen ausgelöst wurden, die Rückkehr in ein normales gesellschaftliches Leben erschwert. Cannabiskonsum ab 60 und manchmal schon ab 50 verhindert, dass eine Therapie den Weg zurück ins Leben ermöglicht.

Im gesundheitspolitischen Programm von Bündnis C wird die Mitverantwortung der Produzenten von Drogen und des Staates angemahnt. Es sind besonders die wichtigen Informationen über die durch Drogen verursachten psychischen und physischen Gesundheitsschäden, die schmerzlich vermisst werden. Das von der SPD bis zur Abwahl der Ampelregierung geführte Gesundheitsministerium betrieb eine Politik der Desinformation und Verharmlosung. Insbesondere Cannabis ist keine harmlose Droge. Der Konsum und die Produktion von Drogen und insbesondere von Cannabis wurden durch die fehlgeleitete Gesundheitspolitik gefördert. Die negativen gesundheitlichen Folgen werden in unserer Gesellschaft immer sichtbarer.

Wir brauchen eine Wende in der Gesundheitspolitik

Die Legalisierung von Cannabis war ein Fehler. Dieser Fehler muss schnell korrigiert werden. In der Gesundheitspolitik nur auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb über Beitragssätze zu setzen, war falsch. Wir benötigen ein **kundenfreundliches Gesundheitswesen mit einer soliden, solidarischen Finanzierung.** Die politische Entscheidung, bei den Pflegeberufen die Ausbildung der Alten- und der Krankenpflege in die Ausbildung zur Pflegefachkraft zusammenzulegen, war ein Fehler. Durch die zentralistische Pflegeausbildung gingen wichtige Inhalte der bisherigen Ausbildung

gen zu Lasten der Qualität verloren. Mit der **Rückkehr zur Trennung von Altenpflege und Krankenpflege** werden flankierende Maßnahmen wie mehr Ausbildungsplätze, bessere Vergütungsmodelle und flexiblere Versorgungsformen benötigt. Durch den geförderten und inzwischen existenzbedrohenden Wettbewerb unter den Gesundheits- und Pflegekassen werden zunehmend Kundenzentren geschlossen und der telefonische Kundenservice eingeschränkt. Dringend sind neue politische Weichenstellungen erforderlich. Im gesundheitspolitischen Programm von Bündnis C wird neben dem Wettbewerb das **Miteinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungsträgern** betont und dass beide Systeme voneinander lernen sollten.

Die aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen sind ein Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention. Ein **barrierefreier Zugang zu allen Leistungen der Gesundheits- und Pflegekassen** ist schon heute nicht mehr gewährleistet und muss wieder möglich gemacht werden. Da die Trennlinie zwischen billig und teuer über die Geldschiene keinen ausreichenden qualitätsverbessernden Wettbewerb ermöglichte, muss dieser Wettbewerb durch Kundenfreundlichkeit und Barrierefreiheit ergänzt werden. Diesen gesunden Wettbewerb fordern wir als Bündnis C in unserem gesundheitspolitischen Programm. Auch unsere Forderung nach einer besonderen Förderung der häuslichen Pflege kann nur gelingen, wenn neue politische Akzente gesetzt werden.

Eine ausreichende Versorgung der benachteiligten Personengruppen ist seit Mitte des 18. Jahrhunderts eines der Grundanliegen christlicher Politik. Bündnis C setzt sich neben der Förderung von Prävention und Eigenverantwortung dafür ein, dass niemand bei der gesundheitlichen Versorgung benachteiligt oder vergessen wird.



Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein
Gesundheits- und
Sozial-Ökonom VWA

State of Europe Forum Warschau 2025

Das State of Europe Forum erinnert jährlich am Europatag an die Schuman-Erklärung als Initialzündung zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft und an die christlichen Grundlagen Europas, in deren Geist diese Erklärung Versöhnung und den Wiederaufbau des zerstörten Europa nach dem 2. Weltkrieg möglich machte.

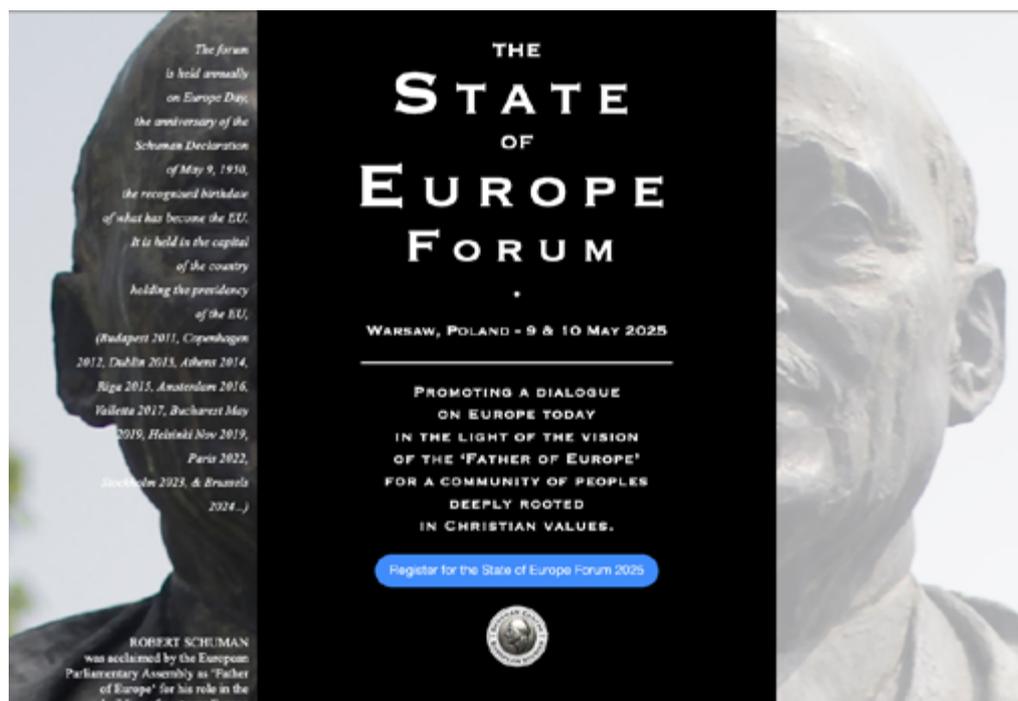
Erinnerung an das christliche Wertefundament Europas

Jeff Fountain (Niederlande) erinnerte als Gründer und Leiter des Forums in seiner diesjährigen Eröffnung in Warschau daran, dass die Bibel Europa von Armenien bis Island transformiert hat. Die Wüstenklöster Ägyptens inspirierten mit ihren Agape-Gemeinschaften andere und es entstanden Klösterstädte ringsherum. So breitete sich das Evangelium innerhalb weniger Jahrzehnte im ganzen Römischen Reich aus und prägte in den folgenden Jahrhunderten Europa. Seine Botschaft von der Würde jedes einzelnen Menschen unterschied sich grundlegend vom Menschenbild der griechischen Antike, die den Wert des Menschen an seinem Status in der Gesellschaft maß. Wenn Befürworter von Abtreibung und Euthanasie heute überzeugt sind, dass sie im modernen Europa die Rolle des barmherzigen Samariters spielen, ist dies ein Rückfall in heidnischen Absolutismus, der die Schwächsten der Gesellschaft gewissenlos auslöscht. Umso wichtiger ist es, wie mehrere Sprecher hervorhoben, dass wir an die christlichen Werte erinnern, die Europa human, frei und erfolgreich gemacht haben.

Lehren aus der Befreiung Polens für Europa

Das State of Europe Forum findet jeweils in der Hauptstadt des Landes statt, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Aus gutem Grund nimmt die Beziehung des jeweiligen Landes zu Europa angemessenen Raum ein und seine besondere Rolle, die es in Europa spielt. So erinnerte Pfr.

Andrzej Nędzusiak (Polen) an einige Lektionen, die Polen auf dem Weg in die Freiheit in den 1980er Jahren gelernt hat. Seit 1981 herrschte in Polen Kriegsrecht, Panzer rollten durchs Land und die sozialistische Staatsgewalt schlug Aufstände der Solidarność-Bewegung brutal nieder. Diese war in Teilen ihrerseits voller Hass und Feindschaft gegen das kommunistische Regime. Wäre sie in dieser Zeit bereits an die Macht gekommen, hätten sie als neue Herrscher wahrscheinlich Rache geübt. Es brauchte eine Läuterung der Bewegung, Bereitschaft zu Vergebung, Versöhnung und Zusammenarbeit mit anderen, zu der Papst Johannes Paul II. mit seinem Besuch 1983 maßgeblich beitrug. Täglich betete er: "Komm herab, Heiliger Geist, und erneuere das Antlitz dieses unseres Landes!" Fürbitter in ganz Europa bezeugen, dass Gott sie in dieser Zeit zum täglichen Gebet und Fasten für Polen gerufen und ihnen deutlich gemacht hat, dass Polen eine Schlüsselrolle in Europa spielt für seine Befreiung. Eine geplante Intervention der Roten Armee in Polen wurde Ende 1980 in letzter Minute bekannt und durch eine Warnung der USA abgewendet. Wenig später wurde das Kriegsrecht aufgehoben in Polen und die Unterdrückung gemäßigt, bis im Juni 1989 schließlich die ersten freien Wahlen stattfanden und das Regime friedlich fiel. Die polnische Geschichte kann als Beispiel dienen für uns heute in Europa mit seinen sich



feindlich gegenüberstehenden ideologischen Fronten, wie wir beten und in welchem Geist wir für Heilung unseres Kontinents arbeiten sollen. Man kann und muss das Böse nicht immer bekämpfen. Manchmal reicht es, es zu bekennen, und Gott handelt.



Vergebung für die deutsche Dominanz

Im Blick auf die aktuelle Situation Europas und die polnische Ratspräsidentschaft thematisierte Prof. Piotr Mazurkiewicz (Polen, 2008–2012 Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union COMECE) auch die deutsche Dominanz in Europa. Als Deutsche ergriff ich die Gelegenheit, mein tiefes Verständnis für die Angst vor einer erneuten Dominanz Deutschlands zum Ausdruck zu bringen und bat die polnischen Anwesenden um Vergebung dafür. Ich betonte das Gewicht einer freundschaftlichen Verbindung von Polen und Deutschland in der EU. Zwischen Frankreich und Deutschland ist seit dem Schuman-Plan eine freundschaftliche Beziehung gewachsen und beide wurden zu den treibenden Kräften der europäischen Integration - leider nicht nur zum Guten für kleinere Nationen und für die christliche Prägung Europas. Die EU braucht als Gegengewicht zur deutsch-französischen Achse eine starke, gemeinsame Verbindung von Deutschland und Polen für die weitere europäische Einigung. Ich bat die polnischen Verantwortlichen, besonders während dieser Ratspräsidentschaft ihren Stand einzunehmen und Europa mit uns zusammen zu gestalten, was auf dankbare Resonanz stieß.

Transformation der Ukraine

Polen spielt eine Schlüsselrolle an der Grenze zu Russland und der Ukraine. Mykhaylo Khariy (Ukraine) stellte eine nationale Strategie zur Transformation der Ukraine vor, die neben Aspekten der Wirtschaft, Infrastruktur, Politik und internationaler Einbindung in die EU und die NATO eine geistliche Transformation einschließt. Kirchen und Institute in der Ukraine arbeiten an einer Theologie für den öffentlichen Raum, die es bisher in keinem anderen Land gibt. Das Forschungsprojekt zeigt die Relevanz der Kirchen in der Ukraine für Politik und Gesellschaft und wird von Jeff Fountain unterstützt.

Hass und Vernichtung stoppen

Pfr. Manfred Deselaers (Deutschland) lebt seit 1989 in Oswiecim/Polen und arbeitet seitdem für deutsch-polnische und jüdische Versöhnung. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine baute er seine Beziehungen zu Christen in beiden Ländern aus und stellt die Fragen der Versöhnungsarbeit in den Zusammenhang des heutigen Krieges. Es gab damals Deutsche in Auschwitz, die nicht Zuschauer blieben und Juden geholfen haben. Eine Theologie des Friedens erschöpfte sich auch heute nicht darin, in Waffen zu investieren. Deselaers veröffentlichte mit seinem Netzwerk einen Brief von Christen aus Deutschland, Polen und der Ukraine an die Christen der Russisch-Orthodoxen Kirche, der die Spirale von Hass und Vernichtung stoppen soll. Der Brief kann hier mitgezeichnet werden <https://www.lettertorussia.eu/ein-brief-von-christen>.



Karin Heepen

Vizepräsidentin
ECPP

Papst Leo XIV.: Inspiration und Mahner für Frieden und Gerechtigkeit

Papst Leo XIV. begann seine Antrittspredigt mit dem Friedensgruß des Auferstandenen und bietet den Vatikan als Ort für Friedensverhandlungen an. Er mahnt zur verbalen und militärischen Abrüstung und dass politische Kampflinien aufgebrochen werden. Seinen Namen wählte er mit Bezug auf Papst Leo XIII., der die Grundlagen für die Katholische Soziallehre und damit für die Christdemokratie legte. Wir erinnern mit seiner Inspiration unsere CDU-geführte neue Regierung an die Prinzipien der Christdemokratie und an das christliche Fundament ihres Regierungsauftrags.

Der Friedensgruß des Auferstandenen, ein Appell an Frieden und Versöhnung, zog sich durch Papst Leos Antrittspredigt als Botschaft an die Gläubigen und die Welt. Unmittelbar nach seiner Wahl bot er den Vatikan als Ort für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine an. Er ruft dazu auf, zuerst unsere Worte zu entwaffnen, um zur Entwaffnung der Welt beizutragen. Und er beginnt bei der Kirche selbst, seinem Wunsch einer geeinten Kirche, deren Gemeinschaft zum Sauerteig für eine versöhnte Welt wird. Wo wir als Christen zum Frieden der Welt beitragen wollen, wird man uns zuerst an der Liebe erkennen, die aus der ideologisch-parteiischen Polarisierung herausführt.

Seinen Namen wählte Kardinal Prevost vor allem mit Bezug auf Papst Leo XIII., der 1891 in der Enzyklika „Rerum Novarum“ die Grundlagen für die Katholische Soziallehre legte, die zur Initialzündung der Christdemokratie wurde – ein Modell für eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft jenseits von Sozialismus oder Liberalismus, zwischen denen die Arbeiterfrage zerrieben wurde. Leo XIII. wirkte darauf hin, dass in Deutschland der Kulturkampf gegen Bismarck beendet und Friedensgesetze verabschiedet wurden. Im westlichen Nachkriegseuropa wurde die Christdemokratie weithin staatstragend, Urheber der neuen Friedensordnung und der Charta der Menschenrechte.



Das Papstamt ist kein politisches und hat dennoch eine politische Dimension und Wirkung. Bahnbrechendes Beispiel gab dafür Papst Johannes Paul II., der maßgeblich dazu beitrug, dass mit der Solidarność-Bewegung in Polen das kommunistische Regime und der eiserne Vorhang in Europa fielen und die Wiedervereinigung Deutschlands möglich wurde. Täglich betete er: „Komm herab, Heiliger Geist, und erneuere das Antlitz dieses unseres Landes!“ Auch die Solidarność-Bewegung und die Opposition der DDR mussten zuerst verbal abrüsten und den Hass auf die kommunistischen Machthaber überwinden, ehe eine friedliche Revolution möglich wurde. Christliche Nächstenliebe geht über einseitige Solidarität hinaus und bringt feindliche Fronten zusammen.

Christliche Nächstenliebe geht über einseitige Solidarität hinaus und bringt feindliche Fronten zusammen.

Der neue Papst steht als Oberhaupt der Katholischen Kirche wie seine Vorgänger auf dem Bekenntnis Petri: „Du bist der Christus, der Sohn des lebendigen Gottes“ (Mt 16,16). Und er betont die Erlösungsbedürftigkeit jedes Menschen durch Christus. Nur aus dieser Quelle kommen Frieden und Gerechtigkeit, und durch Ihn werden wir dazu fähig. Nur Christus kann die Quelle politischen Wirkens der Kirche sein.

Und nur aus dieser Quelle kann unsere zwei Tage vor dem Papst vereidigte, christdemokratisch geführte Regierung Politik und Gesellschaft aus unserem christlichen Erbe neu beleben und aus den aktuellen Kulturkämpfen herausführen. Möge der neue Papst Inspiration und Mahner sein, dass politische Kampflinien aufgebrochen werden, dass er unsere CDU-geführte neue Regierung an die Prinzipien der Christdemokratie erinnert und an das christliche Fundament ihres Regierungsauftrags. Bündnis C – Christen für Deutschland sieht sich dem politischen Auftrag der Kirchen verpflichtet.

*Karin Heepen
Bundesvorsitzende*

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zu Finanzpolitik, Israel, Gesundheitspolitik, Familie und Lebensschutz, Außenpolitik und Migration

Autoaufkleber, 20 x 12 cm



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalt-Blatt „Warum Bündnis C wählen?“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
 E-Mail: info@buendnis-c.de

Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“



Liebe Mitglieder, liebe Freunde,



wir leben in bewegten Zeiten: Auf der einen Seite die Unruhen im Nahen Osten und auf der anderen der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Die Weltmacht USA hat sich für einen Präsidenten entschieden, der sein Amt als Geschäftsmann führt und sich selbst als Deal-Maker bezeichnet.

Auch unser Land hat eine neue Regierung. Die CDU/CSU hat sich bei der letzten Wahl durchgesetzt. Wer daran geglaubt hat, dass sich etwas zum Guten ändert, wurde bis jetzt allerdings enttäuscht. Leider lässt sich der Wahlsieger vom großen Wahlverlierer vor sich hertreiben. All das ist dort möglich, wo Menschen nach der eigenen Macht streben und nicht nach dem Willen Gottes fragen.

Aus der Bibel kennen wir viele Situationen, die für das Volk Gottes aussichtslos waren. Als das Volk oder deren Herrscher zu Gott geschrien haben, wendete Gott ihr Schicksal. Da wir keine Regierungsverantwortung haben, bleibt uns die Möglichkeit, als Volk zu Gott zu schreien. Wir dürfen ihn bitten, dass er unser Land in seine Bestimmung bringt und dass wir seinen Segen empfangen.

Für uns als Christen und auch als Politiker gilt das Wort aus Matthäus 6,33: „Trachtet aber zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit! Und dies alles wird euch hinzugefügt werden.“ (ELB) Eine weitere Stelle aus dem Wort Gottes finden wir im Gebet Jesu, das er uns selbst lehrte. Hier heißt es: „Dein Reich komme bald. Dein Wille erfülle sich hier auf der Erde genauso wie im Himmel.“ (Mt 6,10, NL)

Ich wünsche uns, dass wir immer wieder neuen Mut schöpfen und nicht nur den „Ist-Zustand“ in dieser Welt sehen, sondern das vor Augen haben, was der Wille Gottes ist. Wir dürfen gewiss sein: Jesus Christus ist derselbe gestern, heute und in Ewigkeit!

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Sommerzeit und viel Freude in der Gegenwart unseres Herrn.



Mathias
Scheuschner

Bundesschatz-
meister

bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 36 – 2025/2

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 1: LuAnn Hunt/Pixabay; 18: Pexels/Pixabay; 22: victorrdymes/Pixabay; 30: Bildrechte Bündnis C; 34: Salah Darwish/Unsplash; 36: Mikhail Pasyukov/Unsplash; 37: Michael Schwarzenberger/Pixabay; 38: Jeff Fountain; 39: Matthias Thümmel, Bündnis C; 40: Edgar Beltrán, The Pillar, CC BY-SA 4.0; 42: Pexels/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX